



Staatskapitalismus

Norbert Nelte

STAATSKAPITALISMUS

Norbert Nelte

Welchen Weg weisen die Staatskapitalismus- theorien	3
Die Cliff'sche Analyse	5
Andere Theoretiker der "Staatskapitalismus-Theorie"	10
1. Die Reformisten und die Anarchisten	10
2. Die Bordigisten	11
Paul Mattick	11
Die Internationale Kommunistische Strömung (IKS)	17
Die API (Arbeiterkommunistische Partei Irans)	23
3. Die Maoisten	
Charles Bettelheim	27
Schlusswort	31
Zur Aktualität der Staatskapitalismus Theorie von Tony Cliff	
	35
Die Staatskapitalismus-Theorie von Cliff	40
Zusammenfassung	58

Welchen Weg weisen die Staatskapitalismustheorien"?

Der Zusammenbruch der staatskapitalistischen Staaten markierte im wesentlichen das Ende der stalinistischen Theorien. Die für Millionen zutage tretenden Perversionen der östlichen Gesellschaften, wie wir sie auch vom Privatkapitalismus her kennen, lieferten den schlüssigen Beweis, daß die stalinistischen Gesellschaften nicht im Geringsten etwas mit sozialistischen, nichtkapitalistischen oder auch Arbeiterstaaten gemein hatten.

In der BRD lösten sich die letzten maoistischen Reste in reformistischen Organisationen auf oder gingen den Weg des Mao-Zentrismus. Die orthodoxen Trotzisten können sich bisher nur in der isolierten Spielart der Sektierer bzw. Abstentionisten halten (BSA und TLD).

Es blieb daher nicht aus, daß die Restlinken sich nun ernsthaft auch mit der "Staatskapitalismustheorie" beschäftigten.¹

Vor 1989 wurde den Anhängern dieser Theorie von allen Seiten kategorisch das Argument der "Unwissenschaftlichkeit" entgegengehalten. Jegliche weitere Diskussion innerhalb der Linken konnte somit nicht weiter geführt werden.

In der Tat: Die Anhänger der "Internationalen Sozialisten" distanzieren sich auch als einzige organisierte Marxisten unzweideutig von allen staatskapitalistischen Formen wie Vietnam, Kuba, Rußland oder China als Staaten mit der Bürokratie als herrschende Klasse. Somit zogen wir uns den ewigen Haß aller Restlinken und besonders deren Führungen auf uns.

Das heißt aber auch andererseits nicht, daß die irrigen Führer jetzt ihren Irrtum erkennen und den Internationalen Sozialisten zugeben, daß sie Recht hatten. Nein, eher haben sie jetzt noch mehr Wut auf uns, weil wir Recht hatten, und rationalisieren ihren Irrtum mit zen-

¹ In diesem Zusammenhang sei hier auf die bekannteste vergleichende Analyse von Marcel van der Linden: "Von der Oktoberrevolution zur Perestroika" hingewiesen. Deutsche Herausgabe: 1992

tristischem Gewäsch - sie entfernen sich alle von den letzten Resten ihrer "marxistischen" Argumentation und legen somit ihre bisher nur versteckte kleinbürgerliche Gesinnung offen.

Umso wertvoller sind die kleinen Kreise und wenigen Individuen aus dem Lager der "Volkstümler", die unabhängig von dem großen Strom, der nach rechts driftet, subjektiv zum Marxismus finden wollen und in welcher Form auch immer sich mit unseren Ideen auseinandersetzen.

Für die mit der Materie wenig Vertrauten ergibt sich aber nun eine Gefahr. Da viele verschiedene Theorien mit dem Begriff "Staatskapitalismus" zirkulieren, wirft man schnell alle gleichlautenden Theorien in einen Topf und fällt sein Urteil auf Grund der Analyse einer antimarxistischen "Staatskapitalismus-theorie". Als ein Beispiel für das "in einen Topf werfen" sei hier nur die 'Weltkommune' der Berliner "Initiative ArbeiterInnenemanzipation" erwähnt. Sie schreibt:

»Noch immer hält sich wacker die Theorie, daß Rußland "staatskapitalistisch" gewesen sei. Denjenigen, die sich in dem "kommunistischen Sektiererwesen" auskennen, sind sie bekannt: Die IS/SAG/ISI [Mitbegründerin der ISO], die sich auf ihren Haupttheoretiker T. Cliff stützt, die IKS (Internationalistische Kommunistische Strömung), die GIK (Gruppe internationalistischer Kommunisten), das I.B.R.P. (Internationales Büro für die Revolutionäre Partei), die KP Iran (...) und der in Berlin zirkulierende 'Revolutionäre Funke', um nur einige zu nennen.«²

Diese Arbeit möchte es sich daher zum Ziel setzen, den wesentlichen Kern verschiedener SK-Theorien herauszuarbeiten, um in einer gegenüberstellenden Analyse aufzeigen zu können, daß letztlich nur die SK-Theorie von Tony Cliff geeignet ist, am authentischen Marxismus festhalten zu können. Wir wollen uns dabei nur die wesentlichen oder beispielhaften und auch heute noch kursierenden Theorien anschauen. Wir werden am Ende sehen, wie irreführend die Gleichsetzung aller Theorien sein wird. Cliff konsta-

² Weltkommune', Nr. I/94, S. 69

tiert zwar viele gesellschaftlichen Erscheinungen (wie z.B. den Stellvertretertum der Partei oder den niedrigen Lohn) gleichermaßen wie die anderen Theoretiker, aber nicht, um in seiner Analyse auf diesen aufzubauen, sondern um ihnen das Gegenteil ihrer Analyse zu beweisen.

Die Cliff'sche Analyse

Cliff geht davon aus, daß mit der Theorie des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" 1924 der »**Grundstein**« für die politische und soziale Konterrevolution gelegt ist. Dieser Prozeß wurde 1929 mit dem ersten 5-Jahres-Plan ökonomisch realisiert und konnte 1936 mit den Moskauer-Prozessen politisch konsolidiert und abgeschlossen werden.

Bis 1923 gab es zwar keine sozialistische Arbeitermacht, aber eine sozialistische Partei hielt stellvertretend für die politisch aufgelöste Arbeiterklasse die Macht in den Händen. Die aktive Kominternpolitik ergab die Möglichkeit, sich der Akkumulation um der Akkumulation willen des Weltmarktes zu entziehen.

Die Bürokraten wollten anfangs bei der Entwicklung der Konterrevolution nicht den Verrat des Sozialismus. Im Gegenteil: »*Sie dachten, der Fünf-Jahres-Plan brächte Rußland ein gutes Stück auf dem Weg zum Sozialismus weiter.*«³ Sie wollten Sozialismus und gleichzeitig ihre Privilegien, unabhängig von der Dynamik der Weltrevolution. Sie wollten dies nur von ihren Entscheidungen abhängig machen; es in ihre eigene Hände legen, ob sie ihre Privilegien erhalten konnten. Somit öffneten sie dem Weltkapitalismus - ohne es zu wollen - Tür und Tor.

Wenn also die Bürokratie den "Sozialismus in einem Lande" aufbauen wollte, mußte sie im Rüstungswettlauf mithalten. Der Handel mit den anderen Ländern spielte nur eine untergeordnete Rolle. Jede Aufrüstung der privatkapitalistischen Imperialisten mußte mit der gleichen Aufrüstung in Rußland beantwortet werden:

»Da die Konkurrenz mit anderen Ländern aber hauptsächlich militärischen Charakter hat, ist der Staat als Verbraucher an

³ Tony Cliff: "Staatskapitalismus in Rußland", Ffm 1975, S. 137

ganz bestimmten Gebrauchswerten, wie Panzer, Flugzeuge usw., interessiert. Der Wert ist Ausdruck der Konkurrenz zwischen unabhängigen Produzenten. Rußlands Konkurrenz mit der übrigen Welt drückt sich darin aus, daß Gebrauchswerte zum Ziel der Produktion erhoben werden, die gleichzeitig dem eigentlichen Ziel, nämlich dem Sieg im Konkurrenzkampf, dienen sollen. Gebrauchswerte werden also zum Ziel der Produktion, bleiben aber nach wie vor Mittel im Konkurrenzkampf.»⁴

Um diese Gebrauchswerte herstellen zu können, benötigt man natürlich auch eine entsprechende Grundlagen- und Zuliefererindustrie. Die ganzen nationalen Ressourcen, die Forschung an den Universitäten und in den Fabriken, alles mußte auf das Ziel der Rüstungsproduktion ausgerichtet werden, wollte die UdSSR mit einem ökonomisch weitaus entwickelterem Land mithalten. Das Ergebnis war die totale Unterordnung des Konsumsektors unter den Produktionsmittelsektor.

In der Tat betrug das Verhältnis der Produktionsmittel zu den Konsumgütern 1927/28 noch 32,8 zu 67,2, also 1 Teil für die Investitionen und 2 Teile für den Konsum der Massen. Nach der Industrialisierung und der Aufrüstung wurde dieses Verhältnis 1950 genau umgekehrt: 68,8% für die Produktion und 31,2% für die Konsumtionsmittel, 2 Teile für die Investitionen und nur noch 1 Teil für den Massenkonsum.⁵

»Sobald man also die russische Wirtschaft im Zusammenhang der heutigen konkreten historischen Situation, das heißt im Rahmen des anarchischen Weltmarkts, analysiert, erscheint das Wertgesetz als oberste Instanz.«⁶

Cliff konstatiert den Staatskapitalismus nur deshalb, weil er die UdSSR wie einen großen Konzern, der in Konkurrenz zu anderen steht, behandelt. Sollte die ganze Welt ein Monopol sein, könnte man selbstverständlich nicht mehr vom "Kapitalismus" reden.⁷ Das

⁴ Ebda., S. 210

⁵ Nach Cliff, ebda., S. 33

⁶ Ebda., S. 211

⁷ Siehe Cliff, ebda., S. 212: "Kann es einen Welt-Staatskapitalismus geben?"

Verhältnis von m/v (Mehrwert zu Lohn), das im Privatkapitalismus vom Akkumulationsgesetz diktiert ist, wird sich also auch im Staatskapitalismus mit aller Macht aufgrund des Rüstungswettlaufes Geltung verschaffen müssen. Dadurch gibt es ebenfalls den Zwang zu Akkumulation. Die Akkumulationsrate wird also nicht frei von den Bedürfnissen der Arbeitermassen entschieden, sondern vom Weltmarkt.

»Die Tatsache, daß die Bürokratie den geschichtlichen Auftrag einer kapitalistischen Klasse erfüllt und im Verlauf dieses Prozesses selbst zur Klasse wird, macht sie zur reinsten Personifikation des Kapitals.«⁸

»Alles nur dummes Gerede«, meinen die Verteidiger der Bürokratie, auch, wenn die Arbeiter an der Macht wären, müßten sie entsprechend rüsten und damit die Gesetze des Kapitalismus wieder durch die Hintertür Einlaß gewären.« Trotzki aber gewann den Bürgerkrieg gegen 16 imperialistische Staaten und die russische blutrünstige Reaktion nicht durch Wettrüsten und schon gar nicht mit Massenvernichtungsmitteln, sondern mit der Begeisterung der eigenen Arbeitersoldaten und der internationalen Solidarität. Französische Matrosen meuterten, englische Arbeiter zwangen die englische Regierung zum Rückzug, die deutschen Kollegen jagten den Kaiser davon - nur so konnte die Rote Armee gewinnen.

Trotzki selber hatte diesen Umstand plastisch beschrieben:

»Die Bürokratie hat nicht nur mit der Vergangenheit gebrochen, sondern auch die Fähigkeit eingebüßt, deren wichtigste Lehren zu begreifen. Die bedeutendste dieser Lehre ist: Die Sowjetmacht hätte keine zwölf Monate standgehalten, wären nicht die direkte Hilfe des internationalen, insbesondere des europäischen Proletariats und die revolutionäre Bewegung der Kolonialvölker gewesen. Ihren Angriff auf Sowjetrußland führte die österreichisch-deutsche Soldateska nur deswegen nicht zu Ende, weil sie in ihrem Rücken den glühenden Atem der Revolution verspürte. Knapp ein dreiviertel Jahr dauerte es, bis die Aufstände in

⁸ Ebda., S.157

Deutschland und Österreich-Ungarn dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ein Ende bereiteten. Die Meuterei der französischen Matrosen im Schwarzen Meer vom April 1919 nötigte die Regierung der Dritten Republik, auf weitere Militäroperationen im Süden des Sowjetlandes zu verzichten. Die Regierung Großbritanniens zog im September 1919 unter dem unmittelbaren Druck der englischen Arbeiter ihre Expeditionstruppen aus dem Sowjetnorden zurück. Nach dem Rückzug der Roten Armee vor Warschau im Jahre 1920 hinderte nur eine machtvolle Welle revolutionärer Proteste die Entente, Polen zu Hilfe zu kommen, um so das Sowjetregime zu zerschmettern.»⁹

Zur Politik der internationalen Solidarität schreibt Chris Harman im Nachwort zu Cliff:

»Im Jahre 1929 stand die herrschende stalinistische Schicht in Rußland vor demselben Dilemma: auf die Logik des Kapitalismus einzugehen und Akkumulation um der weiteren Akkumulation willen zu betreiben oder sich dem internationalen Kapitalismus zu unterwerfen. Die einzige Alternative wäre die der linken Opposition gewesen. Sie hätte darin bestanden, die Grundlage dieses Dilemmas zu untergraben und die innere Entwicklung in Rußland der Notwendigkeit unterzuordnen, die Revolution international voranzutreiben. Angesichts der sozialen Erschütterungen der dreißiger Jahre in Deutschland, Spanien, Frankreich war dies keine absurde Perspektive. Und wenn die Politik der internationalen linken Opposition von den kommunistischen Parteien dieser Länder befolgt worden wäre, hätte es mit Sicherheit eine große Chance auf Erfolg gegeben. Aber diese Perspektive konnte von der herrschenden bürokratischen Schicht in Rußland nicht akzeptiert werden, weil sie deren privilegierte Stellung untergraben hätte. Erzwungene Industrialisierung und Kollektivierung waren die einzigen Mittel, die die herrschende Schicht kannte, um sich zu verteidigen. Aber damit mußte sie sich gegen jede andre Klasse in der russischen Gesellschaft stellen, um sie den

⁹ Leo Trotzki: "**Verratene Revolution**", aus Schriften 1.2, Hamburg 1988, S. 882

Bedürfnissen der Akkumulation zu unterwerfen. Das ist der Grund, warum in dem Jahr, in dem die Fünf-Jahres-Pläne eingeführt wurden, unabhängige Gewerkschaften und das Streikrecht abgeschafft und zum ersten Mal die Löhne durch die Bürokratie herabgedrückt wurden. Das bedeutete auch, daß die Bürokratie selbst sich aus einem Zusammenschluß verschiedener privilegierter Interessen zu einer homogenen Klasse verwandeln mußte. Diese war nun der Akkumulation als einzigem Ziel ergeben. Freie Diskussion über Ziele gab es nicht mehr.»¹⁰

Nur mit der Wei- Eine internationalistische Politik im Interesse der Arbeiterführung der internationalistischen Politik hätten die Bolschewiki sich dem Weltmarkt entziehen können. Aber die Bürokratie unter der ideologischen Führung von Stalin wollte zwecks Erhaltung ihrer Privilegien sich von der Weltarbeiterklasse abkoppeln. Das Ergebnis war die Überindustrialisierung, die völlige Unterordnung der russischen Arbeiterklasse und die 16 Millionen in den Arbeitslagern von Sibirien. Letztlich konnte die UdSSR im Rüstungswettlauf nicht mehr mithalten. Nach Clark betrug 1932 (ältere Zahlen liegen nicht vor) der Anteil der Rüstung an der Gesamtproduktion der UdSSR = 21,8%, 1938 bereits = 29,2%¹¹. Die Rüstung betrug 1989 schon 60% vom Gesamthaushalt - im Gegensatz zur USA = 6%¹². Damit der größte Teil der Bürokratie seine Vormachtstellung und Privilegien behalten konnte, verwandelte er sich 1989, bevor die Arbeiter das marode Regime stürzten und ihre Sache in die eigene Hand nahmen, in Privatkapitalisten.

Der Stalinismus war nach Cliff die vollendete politische und soziale Konterrevolution, die absolute Negierung des Marxismus. Man kann also Lenin oder Trotzki keinerlei Mitschuld am Stalinismus geben. Dieser konnte sich nur im Kampf gegen ihre Grundsätze durchsetzen. Es gab auch keine "Argumentationshilfen" von den bolschewistischen Führern. Der Stalinismus ist nichts anderes als der Sieg einer neu entstandenen herrschenden Klasse über die Arbeitermassen.

¹⁰ Cliff: "Staatskapitalismus.", S. 263

¹¹ Ebda. S. 43

¹² Vgl. "Linke Opposition" No. 5, S. 8

Andere Theoretiker der "Staatskapitalismus-Theorie"

Ganz anders sahen das schon die anderen "linken" Vertreter der Staatskapitalismustheorien. Hier lassen sich im wesentlichen 3 Kategorien unterscheiden

1. Die Reformisten und die Anarchisten

2. Die Bordigisten und die KPI/API

3. Die Maoisten

Sinn dieser Arbeit möchte sein, aufzuzeigen, daß wir uns nur mit der Theorie von Cliff die Welt vom marxistischen und leninistischen Standpunkt aus erklären können. Die anderen revolutionären Sozialisten, die ebenfalls eine staatskapitalistische Analyse haben, wollen zwar subjektiv revolutionär sein, negieren aber indirekt mit ihrer SK-Analyse letztlich den revolutionären Marxismus. Von daher gilt es, unser Augenmerk auf Vertreter dieser Richtungen zu lenken.

1. Die Reformisten und die Anarchisten sahen den Staatskapitalismus bereits schon 1917 entstanden.

Die Betonung der Reformisten liegt im Wesentlichen in der Unreife der Ökonomie. Sie negieren die für uns wichtige Fragestellung nach dem Reifegrad des Weltkapitalismus. Aber auch unter dieser Betrachtung sehen sie die Welt erst reif für den Sozialismus, wenn dem Kapitalismus bereits die Puste ausgegangen ist, also wenn er zwischen Atombomben und Ozonloch untergegangen ist. Ihre Theorie ist sehr unernsthaft, denn sie denunzieren jede Arbeiterrevolution mit dem Namen "Staatskapitalismus", die nicht unter ihrer Führung läuft - also nie laufen wird.

Die Anarchisten von den Syndikalisten bis hin zu den Proudhoisten machen sich am "Staat" fest. Jeder Staat, auch der Arbeiterstaat führt bereits zu einem Apparat, der sich über die Arbeiter oder die "revolutionären" Massen stellt. Lenin und Trotzki waren für sie nichts anderes als verhandelte Stalins. Hier wollen wir beispielhaft den Rätekommunisten Paul Mattick beleuchten.

2. Die Bordigisten schätzen alle Länder vor der totalen Weltrevolution als staatskapitalistische ein. Deshalb sehen sie den Wendepunkt für die Abkehr einer sozialistischen Politik schon 1920, als die Komintern sich den "zentristischen" Massen öffnete und die Ultralinken dabei isolierte. Hier wollen wir uns mit der IKS, die in neun Ländern kleine Sektionen aufweist, beschäftigen. Sie steht in der Tradition von Bordiga. Für die Weltbewegung ist auch die "Iranische Kommunistische Partei" interessant, die von der stalinistischen Tradition her zu einer ultralinken an Bordiga angelehnten Position gelangte.

3. Die Maoisten konstatieren den Staatskapitalismus ab 1953 mit dem Tod Stalins, natürlich nur für Rußland und seine Verbündeten. Demgegenüber sehen sie in Mao den revolutionären Erben von Stalin. Hier wollen wir uns den Hauptvertreter Charles Bettelheim anschauen.

Paul Mattick

Der Rätekommunist Paul Mattick, der u.a. in der Tradition des Anarchisten Huhn steht¹³, macht in seinem 1969 veröffentlichtem Buch "Marx und Keynes" seine Kritik an der UdSSR zuerst an der Existenz des Staates fest:

*»Die "Vergesellschaftung" der Produktionsmittel ist hier immer noch nur eine **Verstaatlichung des Kapitals als Kapital**. Obwohl kein Privateigentum mehr besteht, weisen die Produktionsmittel noch Kapitalcharakter auf, weil sie vom Staat kontrolliert werden, statt der gesamten Gesellschaft zur Verfügung zu stehen. Wenn die private Kapitalakkumulation nun auch ausgeschlossen ist, wird die Ausbeutung von Menschen durch Menschen doch fortgesetzt, weil sowohl im Bereich der Produktion als auch in dem des Konsums ungleiche Verteilung herrscht.«¹⁴*

¹³ Ursprünglich war Paul Mattick (1904 - 1981) beim Spartacusbund, dann bei der KPD und seit der Spaltung in der KAPD. In den USA war er Herausgeber der 'Chicagoer Arbeiterzeitung' und von 'Living Marxism'.

¹⁴ ebda., S. 299

Es ist also - wie bei allen Anarchisten - der Staat, der zu Stalin geführt hat. Dabei versteht Mattick sich als Marxist. Doch Marx wies gerade darauf hin, daß die alternative Produktionsweise zur blinden Anarchie des Kapitalismus die solidarische, planvolle Produktion der Produzenten ist, d.h. natürlich ein zentraler Plan, der nicht separat in jedem Betrieb aufgestellt und in Konkurrenz zwischen den Betrieben durchgesetzt wird. Ein zentraler Arbeiterplan kann aber in der Epoche, in der noch zwei antagonistische Klassen existieren, nur von einem Arbeiterstaat aufgestellt werden. Wenn Mattick und seine anarchistischen Freunde den Staat Lenins angreifen, dann kritisieren sie damit gleichzeitig den zentralen Plan, also genau das, was von Marx gefordert wird.

Für Mattick also weisen die *»Produktionsinstrumente, weil sie vom Staat kontrolliert werden, noch Kapitalcharakter auf.«* Wir Marxisten kritisieren aber nicht den Staat an sich. Natürlich müssen die Ecklöhne, die Investitionen, die Produktion usw. zentral festgelegt werden, damit die Fabriken nicht untereinander konkurrieren. Somit müssen die authentischen Marxisten auch Leninisten sein. Für uns stellt sich nur die Frage, wer den Staat kontrolliert, sind das die Privatkapitalisten, die Bürokraten oder die Arbeiter? Das Ziel muß heißen: Arbeiterstaat als Übergangsperiode zur klassenlosen Gesellschaft.

Die oben zitierte letzte Behauptung von Mattick der ungleichen Verteilung entbehrt übrigens jeder Tatsache. Cliff weist in diesem Zusammenhang auf Lenins Aprilthesen hin:

»Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.«¹⁵

und weiter zitiert Cliff: *»Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.«* usw.¹⁶

¹⁵ Lenin: "Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution", Werke, Bd. 24, S. 5

¹⁶ T. Cliff: "Staatskapitalismus ...", S. 57

Zu den realen Zahlen zitiert Cliff:

»Ein ungelernter Arbeiter verdiente einen Rubel am Tag, d.h. 25 Rubel monatlich [Vorkriegszeit] - ein Spezialist aber erhielt 500 Rubel im Monat, ganz abgesehen von denen, die Hunderttausende bekamen. Ein Spezialist erhielt zwanzigmal soviel wie ein Arbeiter. Unsere heutigen [1919] Sätze bewegen sich zwischen 600 und 3.000 Rubel, d.h., sie unterscheiden sich nur im Verhältnis 1 : 5.«¹⁷

Cliff weiter

»Gerade zur Zeit des Kriegskommunismus herrschte praktisch völlige Gleichheit von Löhnen und Gehältern. Nach den Daten des sowjetischen Statistikers Strumlin betrugen 1917 die Löhne der am höchsten bezahlten Arbeiter 232% der Löhne der am niedrigsten bezahlten, in der ersten Hälfte 1921 nur noch 102% und waren damit praktisch gleich.«¹⁸

Es gab also eine ständige Angleichung der Einkommen und den tausendfach erklärten politischen Willen der Bolschewiki, den Weg der Egalisierung konsequent weiter zu gehen. Mattick, ein genauer Beobachter der Oktoberrevolution kann das Gegenteil nur wider besseres Wissens behaupten und dabei die Revolution verleumden.

Die Bolschewiki gingen von einem Weltkapital aus, das seinen historischen Höhepunkt bereits überschritten hatte. Das Ziel der Weltarbeiterklasse muß die Weltrevolution sein. Sie standen aber leider in dem Dilemma, die sozialistische Revolution zuerst in einem wirtschaftlich rückständigem Land durchgeführt zu haben und daß weitere Revolutionen in den entwickelten Ländern auf sich warten ließen. Sie mußten also wegen des Ausbleibens weiterer Revolutionen die Industrialisierung in Rußland selber anpacken. Und sie taten dies beherzt. Aber Mattick findet nur Kritik:

»Nach Lenin stellten sich beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft weniger soziale als technische Fragen; es ging um die

¹⁷ Lenin: "VIII. Parteitag der KPR(B)", Werke, Bd. 29, S. 166

¹⁸ T. Cliff: "Staatskapitalismus...", S. 59

Ankurbelung der Industrie, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, gesunde Finanzpolitik, Elektrifizierung usw.»¹⁹

Natürlich irrt Mattick auch hier. Es wurden auch soziale Fragen angegangen: Die Zwangsehe wurde aufgehoben, Volkswäschereien eingeführt, der Massenkonsum erhöht, Religionsfreiheit gewährt, die Arbeitslosigkeit abgebaut und nicht zuletzt der Plan, das Außenhandelsmonopol, die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation und die Versammlungsfreiheit eingeführt usw. Mattick beschreibt hier eher die Situation unter Stalin. Die Bolschewiki wußten dennoch, daß sie isoliert nicht den Sozialismus aufbauen können. Ihre Pläne der Industrialisierung und besonders der NEP-Politik dienten daher mehr dem Überleben bis zu weiteren Revolutionen als dem direkten Aufbau des Sozialismus. Lenin hat nie davon gesprochen, daß sie bereits im Sozialismus leben würden. Seine Ziele waren immer auf die Weltrevolution gerichtet, und dem ordnete er die Revolution in Rußland unter.

Acht Monate vor der Oktoberrevolution schrieb Lenin an Arbeiter in der Schweiz, daß *»das russische Proletariat aus eigener Kraft die sozialistische Revolution nicht siegreich zu Ende führen kann.«²⁰* Vier Monate nach der Revolution (am 7. Mai 1918) wiederholte er: *»Es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution verloren sind.«²¹*

*»Eine solche Umwälzung [Agrarumwälzung] wäre an und für sich noch keineswegs sozialistisch. Aber sie würde der internationalen Arbeiterbewegung einen ungeheuren Impuls geben. [...] Es [Das russische Proletariat] kann aber der russischen Revolution eine **Schwungkraft** verleihen, die die besten Voraussetzungen für die sozialistische Revolution schafft, sie gewissermaßen beginnt. Es kann seinem wichtigsten, seinem treuesten, seinem zuverlässigsten Bundesgenossen, dem europäischen und dem amerikanischen sozialistischen Proletariat die Bedingungen erleich-*

¹⁹ Paul Mattick: "Marx und Keynes", S. 317

²⁰ Lenin: "Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter", Werke, Bd. 23, S. 385

²¹ LW, Bd. 27, S. 85

tern, unter denen dieses seine entscheidenden Kämpfe aufnimmt.«²²

Nur mit dem Ziel der Weltrevolution macht der bolschewistische Terror auch Sinn. Man war sich darüber im Klaren, daß die autoritären Maßnahmen nicht dem Aufbau des Sozialismus in Rußland dienten, sie aber notwendig waren, weil der Arbeiterstaat als Impuls und Flankenschutz für die Weltrevolution erhalten werden mußte. Dies ist auch die wichtige Frage. Die Politik der Komintern unter Lenin diene konsequent der Weltrevolution. Unter Stalin diene die Komintern nur noch den russischen Großmachtinteressen. Die Weltrevolution wurde auf dem Altar des "Aufbaus des Sozialismus in einem Land" geopfert.

Matticks Gleichsetzung von Lenin mit Stalin, ihrem Terror, ihrer Industrialisierung, ihrem Staat usw. führt weg von der Marx'schen geordneten Planwirtschaft. Der Lenin'sche Sozialismus in Form von Staat und Verstaatlichung sei nach Mattick nur Ausdruck des unterentwickelten russischen Kapitalismus und Lenin führte damit nur die historischen Aufgaben des Kapitals aus, die ursprüngliche Akkumulation. Die Aufgabe der Weltrevolution wird dabei ausgeblendet.

»Der Marxismus-Leninismus-Stalinismus repräsentiert den Niedergang der kommunistischen Bewegung im Weltmaßstab. Er ist der Ausdruck der auf den ersten Weltkrieg folgenden verlorenen Revolution - insoweit sie als proletarische Revolution gelten konnte. Er ist dieser Revolution gegenüber ein Teil der internationalen Konterrevolution, ungeachtet der verbleibenden Gegensätze, die den russischen Staatskapitalismus vom westlichen Monopolkapitalismus scheiden, und unbeachtet der Leninschen Vorstellung der proletarischen Revolution als eines "dialektischen" Umschlags der bürgerlichen Revolution. Um die Leninsche Konzeption zu rechtfertigen, wäre es notwendig, die Existenz des Sozialismus in Rußland nachzuweisen, was aber nur bei einer Verwechslung von Ideologie mit Wirklichkeit möglich ist. Nur wenn der Sozialismus sich auf die Abschaffung des Privateigen-

²² Lenin: "Abschiedsbrief...", S. 385

tums an den Produktionsmitteln beschränken ließe, könnte man, und auch dann nicht völlig, die russische Gesellschaft als sozialistische bezeichnen. Aber da sich Rußland in allen anderen sozialen Beziehungen nicht von den ausgesprochenen kapitalistischen Ländern unterscheidet, kann man nicht behaupten, daß die russische Revolution bereits zum Sozialismus geführt hat.«²³

Obwohl sich das Leninsche Rußland in allen sozialen Beziehungen entgegen der Mattickschen Behauptung unterschied, bezeichnete niemand in der Zeit Rußland als sozialistisch im ökonomischen Sinn. Erst unter Stalin wurden die Mattickschen Behauptungen Wirklichkeit.

Das Ergebnis der Gleichsetzung von Lenin und Stalin kann aber nur eine totale Absage an die heroischen Momente der Weltarbeiterklasse bedeuten: *»Lenins "Orthodoxie" war Ideologie, falsches Bewußtsein von einer nichtsozialistischen Praxis«.*²⁴

Und der Frage von Mattick, mit seiner zahnlosen, vor der Weltrevolution kapitulierenden Theorie:

»Wenn die Leninisten nicht müde werden, den sehr allgemeinen Satz, daß "es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben" kann, wie ein Gebet herzusagen, so kann man dem zwar zustimmen, muß aber zugleich fragen: Weshalb gerade Lenins Theorie?«,

wollen wir, die sich in der Tradition Lenins verstehn, mit der Frage entgegenen:

Wer war eigentlich Paul Mattick?

²³ Paul Mattick: "Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens", in 'Marxistischer Antileninismus', Freiburg 1991, S. 199

²⁴ Paul Mattick: "Marx und Keynes", S. 316

Die Internationale Kommunistische Strömung (IKS)

Die in der bordigistischen Tradition stehende IKS schreibt in ihrer Grundsatzposition:

»Die staatlichen Regime, die unter der Bezeichnung "sozialistisch" oder "kommunistisch" in der UdSSR, in Osteuropa, China, Kuba usw. entstanden waren, waren nur besonders brutale Formen einer weltweiten Tendenz zum Staatskapitalismus, die typisch ist für die Niedergangphase des Kapitalismus.«²⁵

Nach Bordiga handelt es sich bei der Sowjetgesellschaft deshalb um Kapitalismus, weil *»wir jedes System der Warenproduktion in der modernen Welt, d.h. in der Welt der assoziierten Arbeit bzw. der Zusammenfassung von Arbeitern in Produktionsbetrieben, als kapitalistische Ökonomie begreifen.«²⁶*

Demnach kann der Kapitalismus erst beendet werden, wenn im letzten Winkel der Welt die blitzsaubere Arbeiterrevolution durchgeführt wurde. Entsprechend schreibt die IKS:

»Das ökonomische Hauptgesetz des Kapitalismus, das Wertgesetz, ist ein Produkt des gesamten kapitalistischen Weltmarkts und es kann in keiner Weise in einem Land (selbst in keinem der höchstentwickelten Länder oder in einer Reihe von Ländern) aufgehoben werden - sondern nur auf weltweiter Ebene... Erst nach der Machtübernahme im internationalen Maßstab findet die Umwälzung der Gesellschaft statt und nicht vorher. Die einzigen Waffen, die die Arbeiterklasse besitzt, um diese Umwälzung durchzuführen, sind:

1. Ihre bewaffnete und organisierte Stärke, um den Sieg der Revolution überall auf der Welt zu erringen.

²⁵ IKS: "Grundsatzpositionen", in **"Die russische Revolution"**, Köln, nach 1991

²⁶ Amadeo Bordiga: **"Il Marxismo dei cacagli"**, S. 17, nach van der Linden: "Von der Oktoberrevolution...", S. 105

2. das Bewußtsein ihres kommunistischen Programms, das eine politische Orientierung für die wirtschaftliche Umwälzung der Gesellschaft ist.«²⁷

Nur in der Weltrevolution liegt der Sieg der Arbeiterklasse. Das ist alles recht idealistisch und utopistisch. Die Weltrevolution ist aber ein dialektischer Prozeß. Wir müssen mit taktischer Schlaueit jede Schwäche der Bourgeoisie und jede Stärke des Proletariats ausnutzen. Es ist ein Prozeß von vielen Siegen und vielen Niederlagen und es gilt, schon in einem frühen Stadium das Wertgesetz durch die internationale Solidarität zurückzudrängen.

Durch die idealistische Betrachtungsweise liegt der Wendepunkt des Oktobers für die "Weltrevolution"²⁸ der IKS auch nicht bei dem Verrat des Marxismus durch die Theorie des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" in 1924, sondern bereits 1920, auf dem 2. Kongreß der Komintern:

»Im Jahre 1920 aber machten die bolschewistischen Führer auf dem 2. Kongreß [...] eine Kehrtwendung²⁹, indem sie zu den Taktiken der Vergangenheit zurückkehrten. Die Hoffnung auf die Revolution nahm schnell ab, und die bolschewistische Partei verteidigte alsbald die 21 Beitrittsbedingungen zur Internationale, die u.a. folgende Punkte einschlossen: Anerkennung der nationalen Befreiungskämpfe, die Teilnahme an Wahlen, die Unterwanderung der Gewerkschaften, kurzum: eine Rückkehr zum sozialdemokratischen Programm, das der neuen Situation überhaupt nicht mehr entsprach. Die russische Partei übernahm die Führung der Komintern und das Büro in Amsterdam wurde geschlossen. Und vor allem: der bolschewistischen Führung gelang es, die Linkskommunisten zu isolieren: die italienische Linke mit Bordiga, die englischen Genossen um Punkhurst, Pannekoek,

²⁷ IKS: "Die russische Revolution", S. 5

²⁸ 'Weltrevolution' - Zeitung der IKS

²⁹ Bis dahin gab es z.T. noch revolutionäre Bedingungen wie in Deutschland und die Komintern konnte daher international eine radikalere Politik betreiben. Der Kampf gegen die zentristischen Führer war unmittelbare Hauptaufgabe dieser Periode. Es gab aber auch bis dahin einige ultralinke Fehler der Führung der KP'en.

Gorter und die KAPD (die auf dem 3. Kongreß ausgeschlossen wurde). Die Bolschewisten und die führenden Kräfte der Komintern stimmten für eine Annäherung an das Zentrum, die sie nur zwei Jahre zuvor als Verräter denunziert hatten. Dank ihrer Verleumdungen und ihrer Manöver gegen die Linken gelang es ihnen, jeden Ansatz, eine Grundlage für die kommunistische Parteien in England, Frankreich, Deutschland und anderswo zu schaffen, im Keime zu ersticken. Durch dieses Verhalten stand der Volksfront des 4. Kongresses im Jahre 1922 nichts mehr im Wege und ebenso der Verteidigung des russischen Vaterlandes und des "Sozialismus in einem Land".«³⁰

Nach der Niederlage der deutschen Revolution und der italienischen Rätebewegung und anderer wurde es für die Komintern notwendig, aus der Isolation herauszukommen. Sie besaß praktisch nur in der UdSSR eine Massenpartei. Sie suchte die Diskussion mit den Massen, die noch unter zentristischer Führung standen. Der Beschluß zu den 21 Bedingungen im Juli/August 1920 führte dann auch z.B. im Oktober zum Beitritt der linken USPD und die KPD konnte sich somit zu einer Massenpartei mit 350.000 Mitgliedern entwickeln.

Die 21 Bedingungen waren alles andere als eine »Rückkehr zum sozialdemokratischen Programm«. Sie forderten im Gegenteil »den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des Zentrums« und den Ausschluß einer Reihe namentlich genannter »berühmter Opportunisten«, darunter Karl Kautsky und Rudolf Hilferding von der USPD usw.³¹ Die 21 Bedingungen weiter:

»Alle Presseorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden...« »kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität« »Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapita-

³⁰ IKS: "Die Russische Revolution", S. 3

³¹ Nach Duncan Hallas: "Die Komintern", ISO, S. 20

lismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei 'demokratische' Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.« »Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum, getragen vom Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.«»Jede Partei ... muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen«³²

Dieser letzte Punkt war es sicherlich besonders, die den Ultralinken nicht gefiel. Ebenso störte die Empfehlung, die Wahlen als Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen und zu den nationalen Befreiungsbewegungen eine kritische, aber solidarische Taktik aufzubauen. All dies gefiel den Ultralinken nicht mehr. Sie wollten lieber fein und klein in ihrer isolierten Ecke mit ihren sauberen Idealen sitzen.

Die IKS sieht also die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus nur am Ende der Weltrevolution. Mit der Hinwendung zu den zentristischen Massen und ihrer damit einhergehenden Isolierung sah sie also die Sache verraten. Wir erreichen die Weltrevolution durch den Kampf der Massen und ihrem Selbsterfahrungsprozeß, durch die geduldige Agitation und Propaganda, durch eine kluge, die Gewinnung der rückständigen Massen ausgerichtete, Taktik. Die IKS

³² Ebda., S. 22 f

aber sieht am Ende der Weltrevolution den Kapitalismus schlagartig weichen und bis dahin die überzeugten Kommunisten gradlinig immer ihr Ideal vertreten, ohne Kompromisse mit den Massen. Die Frage dabei bleibt nur, wie kommen wir dann zur Weltrevolution, wenn wir nie die Massen erreichen? Somit gipfelt der Widerspruch des Utopismus auch in dem Satz der IKS (Ich kann garnicht sagen, der Zeitung 'Weltrevolution' - auch wenn ich das in doppelte Anführungszeichen setzen würde)

»Der Mangel an Verständnis seitens der Führer der bolschewistischen Partei hinsichtlich der Rolle der Sowjets (Arbeiterräte) und ihre falsche Auffassung über den Entwicklungsprozeß des Bewußtseins der Arbeiterklasse haben zu dem Niedergangsprozeß der russischen Revolution beigetragen. Dieser Prozeß hat schließlich die bolschewistische Partei - die 1917 die echte Avantgarde der Arbeiterklasse stellte - in ein aktives Instrument der Konterrevolution verwandelt ... Diese Zeilen scheinen klar zu zeigen, daß der Verlauf der Konterrevolution ein Prozeß war, dessen Grundlagen mit dem Ersticken der Macht der Arbeiterräte und der Unterdrückung des selbständigen Handelns des Proletariats gelegt wurde; ein Prozeß, der zu dem Massaker an einem Teil der Arbeiterklasse von Kronstadt durch den Staat führte. All dies zu Lebzeiten Lenins.«³³

Man weiß aber, daß die Bolschewikis nicht die freien Wahlen bei den Arbeiterräten einschränkten, weil sie deren Bedeutung nicht verstanden hätten, sondern deshalb, weil dann sicher die Sozialdemokraten und in Kronstadt speziell die Anarchisten in den Räten die Mehrheit bekommen hätten. Beide Male hätte dies eine Kapitulation vor der Konterrevolution bedeutet. Sogar der meist libertär argumentierende Victor Serge meint zu diesem Dilemma: *»Wenn die Diktatur [der Bolschewiki, d.Verf.] fiel, so bedeutete das in Kürze das Chaos, und durch das Chaos hindurch das Vordringen der Bauern, das Massaker der Kommunisten, die Rückkehr der Emigranten und am Ende durch die Macht der Umstände eine an-*

³³ IKS: "Die Russische Revolution", S. 1

dere, antiproletarische Diktatur.«³⁴ Ich schrieb dazu noch in der "LO" Nr. 4 weiter:

»Die Anarchisten oder die Menschewiki wären nicht in der Lage und auch nicht Willens gewesen, dem Druck der Kapitalisten und sonstiger Reaktionäre standzuhalten. Spanien 1936 hat bewiesen, daß die libertären Träumer ja selber fordern: »Keine Macht für Niemand« und sie somit auch folgerichtig selber auf die Macht verzichten und das Feld für alle Gangster der Welt räumen.«

In dieser Situation die Sowjets fetischisierend als das unumstößliche ewige Gesetz und Ziel zu postulieren, heißt also, vor der Reaktion zu kapitulieren und die Weltrevolution aufzugeben. Die IKS will also um jeden Preis die Sowjets - aber nicht irgendeine. Die Bordigisten wollen dann wieder in ultralinker Manier nur solche, die auch die Herrschaft der Sowjets fordern. Die Arbeiterräte haben aber die Eigenart, daß sie deshalb entstehen, weil die Arbeiter z.B. erst einmal nur die Mieten oder Preise kontrollieren wollen. Erst nach einem langen Erfahrungsprozeß lernen sie, daß sie alternativ zum bürgerlichen Parlament auch die Macht übernehmen müssen. Die Bordigisten aber haben bei der Rätebewegung in Italien 1921 deren Unterstützung versagt, weil diese noch nicht revolutionär waren. So schreibt auch die IKS:

»Bevor die Bourgeoisie in der Lage ist zur regelrechten Repression überzugehen, wird sie ... den Versuch beginnen, die Arbeiter zu demoralisieren, indem sie deren Kämpfe von ihrem Weg abbringt und in Sackgassen führt. Und dafür wird sie vor allem drei hauptsächliche Themen zur Verschleierung hervorkehren, die alle zur Funktion haben werden, die Klasse an das nationale Kapital und den Staat zu binden: "Antifaschismus", "Selbstverwaltung" und "Nationale Unabhängigkeit"³⁵... Die Arbeiter müssen die Lockrufe aller Kapitalistenkräfte zurückweisen, die in Wirklichkeit darauf abzielen, im Namen einer "Demokratisierung

³⁴ Victor Serge, "Erinnerungen eines Revolutionärs", Hamburg 1977, Seite 148

³⁵ IKS: "Plattform und Manifest", S. 20

der Wirtschaft", der "Enteignung der Unternehmer" oder des Aufbaus "kommunistischer" oder "menschlicher Verhältnisse" die Arbeiter zur Mitarbeit bei ihrer eigenen Ausbeutung zu bewegen, ... da die Arbeiter dadurch in eine Vielzahl von selbstverwalteten Unternehmen oder Stadtviertel aufgespalten würden.«³⁶

Dieser Satz denke ich, spricht für sich. Die IKS wendet sich also gegen Arbeiterräte, wenn sie noch kein volles Bewußtsein haben und "nur" den besetzten Betrieb verwalten wollen. Sie schreit aber kurioserweise nach Arbeiterräten, die mehrheitlich wahrscheinlich die Reformisten oder Anarchisten wählen würden. Manche Linke kommen einfach mit ihren eigenen Ansprüchen nicht klar.

Die Analyse der IKS der beginnenden Konterrevolution schon in 1920 erklärt nicht die Ursachen des Stalinismus. Die Verteidigung der Kronstädter Aufständischen zeigt aber auf, daß sie mit dieser Einschätzung der Konterrevolution erst in die Hände arbeiten. Die Analyse der Bordigisten zeigt aber auch die unbedingte Notwendigkeit, trotz gleicher Begrifflichkeit die Inhalte klar von der Cliff'schen Analyse zu trennen. Nur mit dieser können wir uns nach der Stalin -Ära auf den Marxismus stützen. Mit der Analyse der 'Weltrevolution' aber kann man nur vor den Aufgaben der Weltrevolution kapitulieren.

Die API (Arbeiterkommunistische Partei Irans)

Die API ist eine Abspaltung von der KPI (Kommunistische Partei Irans). Die KPI war ein Zusammenschluß von ca. 1.000 linken Stalinisten aus Teheran und 4.000 Mitgliedern der iranisch-kurdischen Befreiungsbewegung "Koumeleh". Sie suchten 1988 kurz für ein Jahr die Diskussion mit uns, fanden aber danach sehr schnell den Weg zu bordiga-ähnlichen Theorien. Die API schreibt:

»Aber ab diesem Zeitpunkt [Nach der Revolution 1917] war das Schicksal der Arbeiterrevolution direkt mit seiner Fähigkeit oder Unfähigkeit, die vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnisse revolutionär zu ändern und das ökonomische und sozialistische Programm der Arbeiterklasse durchzusetzen, verbunden, und ge-

³⁶ Ebda., S.21

nau ab diesem Zeitpunkt konnte die russische Revolution sich nicht weiter entwickeln. Die Verstaatlichung des Kapitals und das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln haben die Vergesellschaftung und die Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeinschaftseigentum ersetzt. Lohn und Lohnarbeit, Geld, Tauschwert und Trennung der produzierenden Klasse von den Produktionsmitteln blieben unberührt. In der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurde der Aufbau einer nationalen Wirtschaft nach dem staatskapitalistischen Modell, ... als Ziel gesetzt.»³⁷

Sie sieht also den Wendepunkt wie wir Anhänger von Cliff Mitte der 20er Jahre, sieht aber die Ursachen für die Stalinisierung angelegt zu Lenins Zeiten. Die Bolschewiki ließen »Lohn und Lohnarbeit, Geld, Tauschwert und Trennung der produzierenden Klassen von den Produktionsmitteln unberührt.« Erst einmal sehen sie wie die Anarchisten einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen "Verstaatlichung" und "Vergesellschaftung". Was das konkret heißen mag, bleibt jedesmal ein Geheimnis. Geht es hier um eine juristische Frage, daß im Grundbuch der Staat und nicht die Arbeiter eingetragen sind? Sicher nicht. Wie eingangs gesagt, muß man, um die Konkurrenz auf dem "freien" Markt auszulöschen, zentral und solidarisch planen, also von der gemeinsamen Regierung, dem Arbeiterstaat aus. Die Frage bleibt dann nur , wer den Staat kontrolliert. Nun gab es in Rußland 1917 kaum Arbeiter und die Bolschewiki mußten stellvertretend für diese den Staat lenken. Aber sie taten dies im objektiven Interesse der Arbeiterklasse.

Und in diesem Fall kann es keinen Unterschied zwischen Vergesellschaftung und Verstaatlichung geben. Diese Gegenüberstellung kann nur so verstanden werden, daß man gegen eine zentrale Planungslenkung sich einsetzt und daß die bolschewistische Regierung nicht die Sache der Arbeiter vertreten würde und ihre Sache nie verstanden hätte. Die Hauptkritik dabei richtet sich auf die Lohnarbeit:

³⁷ M. Hekmat: " Herausforderungen an den Kommunismus heute", Köln 1994, S. 13

»Die sozialistische Revolution ist nicht dividierbar und muß insgesamt als eine soziale Revolution triumphieren. Aber eine Revolution der wirtschaftlichen Verhältnisse muß wirklich eine Revolution und keine Reformierung des vorhandenen Systems sein. Die Grundlage dieser Revolution ist die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit und die Vergesellschaftung der Produktions- und Distributionsmittel. Dies ist in der Sowjetunion nie geschehen.«³⁸

Die Bordigisten wollen mit den Maßnahmen für die sozialistische Wirtschaftsordnung erst nach vollendeter Weltrevolution anfangen, die KPI also sofort nach der Revolution die Lohnarbeit abschaffen und die Frage der Abschaffung des Geldes angehen. Die Marxisten lehnen beides ab. Von Anfang an werden sozialistische Wirtschaftsmaßnahmen ergriffen, die wesentlichen Fragen aber wie die Abschaffung des Geldes und der Lohnzahlung stehen in der Tat am Ende dieses Prozesses, nach der Weltrevolution, und nicht am Anfang.

Lohnarbeit hat es aber bereits mit der aktiven internationalen Politik nicht mehr gegeben. Sicher gab es noch Lohnzahlungen ("Jedem nach seinen Bedürfnissen" kann erst nach der Weltrevolution eingeführt werden.), aber es gab keine Lohnarbeit mehr. Das Wesen der Lohnarbeit ist nach Marx, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt verkauft und dieser "freie" Arbeitsmarkt dazu führt, daß der Arbeiter nur den Anteil der "notwendigen Arbeit" und die Mehrarbeit das Kapital erhält.

Das Verhältnis zwischen der Mehrarbeit und der "notwendigen Arbeit", der Reproduktion der Arbeitskraft wird vom Akkumulationsgesetz vorgegeben. Das Ergebnis dieses Gesetzes ist, daß der Arbeiter nur den Betrag für die Erneuerung seiner Arbeitskraft erhält, und das Mehrprodukt gesamt an die herrschende Klasse geht. Aber genau dies war, wie oben (In dem Absatz über Cliff) dargestellt, bis 1924 in Rußland nicht der Fall. Die Akkumulation um der Akkumulation willen wurde kompensiert durch die Vorantreibung der internationalen Revolution. Dadurch entstand ein anderes Ver-

³⁸ Ebda., S. 14

hältnis von m zu v , der Arbeiter konnte mehr bekommen als den Teil, den er bei der Durchsetzung des Weltmarktes bekommen hätte.

Sicher mußte die UdSSR damals noch ursprünglich akkumulieren, also das meiste Erstkapital überhaupt erst einmal schaffen. Aber wenn die offensive Kominternpolitik nicht gewesen wäre, hätte das Verhältnis m/v viel höher sein müssen und der Arbeiter hätte in der Tat nur einen viel niedrigeren Anteil erhalten. Da die "traditionellen Elemente" der Reproduktionskosten damals noch gegen Null tendierten, hätte er, wie später auch bei Stalin, nur ein Minimum unterhalb seiner Reproduktionskosten für die "notwendige" Arbeit erhalten, und der Hunger wäre noch größer gewesen.

Dieses Szenario wurde dann von Stalin durchgesetzt. Der nationale Sozialismus forderte sein Tribut. Dann gab es auch Lohnarbeit (indirekte, durch die Konkurrenz mit dem Weltmarkt hergestellte), davor gab es nur Löhne, aber die Höhe der Lohnzahlungen richteten sich unter Lenin nicht nach dem Weltmarkt, es galten also nicht die allgemeinen Gesetze der Lohnarbeit.

Cliff vermerkt zu dem Problem der Lohnarbeit:

»Während im Staatskapitalismus die Lohnarbeit partiell dadurch negiert wird, daß der Arbeiter den Käufer seiner Arbeitskraft nicht mehr frei wählen kann, ist sie unter der Diktatur des Proletariats partiell dadurch negiert, weil die Arbeiterklasse als Kollektiv aufhört, "frei" von Produktionsmitteln zu sein. Gleichzeitig verliert die Lohnarbeit unter einem Arbeiterstaat ihren Warencharakter. Der "Verkauf" der Arbeitskraft unterscheidet sich von Verkauf im Kapitalismus, indem im Arbeiterstaat nicht mehr der einzelne Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, sondern die Arbeiterklasse als Kollektiv die Arbeitskraft in ihrem eigenen Interesse anwendet. Die Arbeitskraft verliert in Wirklichkeit ihren Warencharakter, da der Tausch nun zwischen den Arbeitern als einzelnen und den gleichen Arbeitern als Kollektiv stattfindet und nicht mehr zwischen zwei entgegengesetzten Parteien, die lediglich durch den Akt des Tausches miteinander verbunden sind.«

Durch die internationalistische Politik wurde also das objektive Interesse der Arbeiter, den Lohn unabhängig von dem Akkumulationsgesetz festzulegen, durchgesetzt. Die API versteht die Logik der Lohnarbeit nicht, wenn sie behauptet, daß diese nie von den Bolschewikis abgeschafft wurde. Ihre "Revolution" wird nur von den Menschen gemacht, die ihre Notwendigkeit schon von vornherein verstehen. Für Marx kann die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein, die aber erst durch ihre Erfahrungen hindurch müssen. Von daher war 1920 Lenins Schritt der Öffnung der Komintern für die Massen, die erst noch lernen mußten, genau der richtige, auch wenn man sich dabei von einem kleinen Teil von Ultralinken, die gegen die Öffnung waren, trennen mußte.

Charles Bettelheim

Der Ökonomie-Theoretiker der Stalinisten Chales Bettelheim (geb. 1913) stellt in den Übergangsgesellschaften zum Sozialismus die Warenform fest, nicht deshalb, weil sie im internationalen Konkurrenzkampf ohne eine aktive internationalistische revolutionäre Politik weiter besteht, sondern, weil der Konkurrenzkampf im eigenen Lande aufkommen kann:

»die Wertform besteht weiter, weil es in diesen Gesellschaftsformationen mehrere Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln gibt: Staatseigentum, Kollektiveigentum der Genossenschaften und manchmal "Privat"-Eigentum. Man geht von dieser Feststellung aus und erklärt die Existenz der Wertform durch das Bestehen eines Austausches zwischen unterschiedlichen Eigentümern, und damit wirklicher Kaufs- und Verkaufsakte. Weiterhin soll die Wertform deswegen fortbestehen, weil gerade über Käufe und Verkäufe der gesellschaftliche Charakter der Arbeiten sich durchsetzt, die in den verschiedenen unterschiedlichen Eigentümern gehörenden Produktionseinheiten stattfinden.«³⁹

Er beruft sich dabei auf Stalin, der gleich lautend 1952 festgestellt hat:

³⁹ Charles Bettelheim: "Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den 'sozialistischen Ländern'", Berlin 1970, S. 11

»Gegenwärtig existieren bei uns zwei Hauptformen der sozialistischen Produktion: die staatliche als allgemeine Volksproduktion und die kollektivwirtschaftliche, die nicht als allgemeine Volksproduktion bezeichnet werden kann«. und weiter

»Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat lediglich über die Produktion der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die Kolchosproduktion nur die Kolchosen als über ihr Eigentum verfügen ... In anderen Wirtschaftsbeziehungen zur Stadt als Warenbeziehungen, als den Austausch im Wege von Kauf und Verkauf, werden die Kolchosen heutzutage nicht einwilligen.«⁴⁰

Nach Stalin wird die "Geldwirtschaft" dann verschwinden, wenn ein einziger allumfassender Produktionssektor aufkommt. Aber bis es soweit ist, schlägt er vor:

»... können die Wurzeln des Kapitalismus ausreißen und den endgültigen Sieg über den Kapitalismus erlangen, wenn wir angestrengt an der Elektrifizierung des Landes arbeiten, wenn wir für die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen als technische Basis eine moderne Großindustrie schaffen. Daraus eben ergibt sich die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande«⁴¹

Entgegen Bettelheim gibt es aber bei Stalin unter seiner Ägide bereits keine Warenproduktion mehr:

»Wie man sieht, kann man die Produktionsmittel bei unserer Gesellschaftsordnung keinesfalls in die Kategorie der Waren einreihen.«⁴²

Bettelheim dagegen sieht auf Grund der "Unabhängigkeit" der Arbeit in den verschiedenen Sektoren das Wertgesetz zur Wirkung

⁴⁰ Josef Stalin: "Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Moskau 1952, p.19/20, nach Bettelheim, ebda., S. 11

⁴¹ Josef Stalin: "Über die rechte Gefahr in der KPdSU (B)" in 'Fragen des Leninismus', Berlin 1947, S. 253

⁴² Josef Stalin: "Die ökonomischen Probleme...", p.62/63, nach Bettelheim: "Über das Fortbestehen...", S. 14

gekommen. Nur die Koordinierung der verschiedenen Pläne schaffe das Wertgesetz ab:

»Der Grad der tatsächlichen Koordination (also der Grad der Angemessenheit, der sich im Wirken des Wirtschaftsplans zeigt) hängt selbstverständlich prinzipiell weder von der "Planungstechnik" noch von detaillierten und ausgetüftelten "administrativen Aktionen", noch von einem proklamierten "Willen" ab. Er hängt ab von objektiven politischen Bedingungen (von der tatsächlichen Teilnahme der Massen an der Ausarbeitung und Durchführung der Pläne) und von wissenschaftlichen Bedingungen (der Plan koordiniert nur dann wirksam die Aktivitäten der verschiedenen Produktionseinheiten, wenn er auf einer wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit beruht und wenn er den Anforderungen der wissenschaftlichen Erprobung genügt). Die zweiten Bedingungen können übrigens nur realisiert werden, insoweit die ersten realisiert sind; die Kenntnis der ökonomischen Wirklichkeit und die wissenschaftliche Erprobung auf gesellschaftlicher Ebene (was sich radikal von einer Manipulation von Rechengrößen unterscheidet, worauf zahlreiche "Pläne" hinauslaufen) bildet sich nur heraus unter Teilnahme der Masse.«⁴³

Diese Teilnahme der Massen sieht Bettelheim, besonders nach dem endgültigen Verrat durch Chruschtschow und in China, besonders in Maos Kulturrevolution realisiert. Nur damit könne die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmittel und die Trennung der Unternehmen untereinander überwunden werden.

Eine derartige Auslegung der Kulturrevolution entspricht natürlich nicht der Wirklichkeit⁴⁴ Wir brauchen uns nur die ersten drei Forderungen der Roten Garden von 1966 anzuschauen, um zu sehen, daß es hier nur um die Durchsetzung der Vormachtstellung Mao's ging und nicht um die Emanzipation der Massen:

»1. Jeder Bürger soll manuelle Arbeit verrichten.

⁴³ Charles Bettelheim: "Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen", München 1992, S. 54

⁴⁴ Siehe: "Maos Große proletarische Kulturrevolution..." LO9, S. 1

2. In allen Kinos, Theatern, Buchhandlungen, Omnibussen usw. müssen Bilder Mao-Tse-tungs aufgehängt werden.

3. Überall müssen Zitate Mao Tse-tungs an Stelle der bisherigen Neonreklamen angebracht werden....«⁴⁵

Es ging also nicht um eine Kontrolle der Massen von unten, sondern um die Herrschaft der bürokratischen Fraktion um Mao. Die sogenannten Arbeiterräte konnten nie frei gewählt werden. Ab dem Kreisrat hatte nur die Partei das Vorschlagsrecht. Damit konnten die Arbeiter ihre Sache nicht vertreten und die Roten Garden wurden nur für die Interessen von einer Fraktion der herrschenden Klasse benutzt.

Auch die chinesische Wirtschaft wurde von den Bürokraten durch den Rüstungswettlauf dem Weltmarkt untergeordnet. Die Getreideproduktion stieg von 1953 bis 1957 von 157 auf 185 Mio.t = 17,8% Wachstum. Die Stahlproduktion, die besonders für die Rüstungswirtschaft notwendig ist, stieg dagegen von 1,8 auf 5,4 Mio.t = 200% an. Die Leichtindustrie, die hauptsächlich für den privaten Konsum produziert, sank in der gleichen Zeit von 56 auf 45% der gesamten Industrieproduktion.⁴⁶ Die Produktion war also auch in China total der Rüstungsproduktion untergeordnet.

Dadurch, daß Bettelheim die Warenproduktion durch die inneren Widersprüche konstatiert, die bei Stalin und besonders bei Mao durch die Massenmobilisierung kompensiert würden, lenkt er von den wirklichen Widersprüchen ab. Auch wenn er genau wie Cliff jedenfalls für die nachstalinische Zeit richtig feststellt, daß der Arbeiter von seinen Produktionsmitteln getrennt ist, so stimmt aber seine 2. Feststellung nicht, daß die Kollektivunternehmen untereinander getrennt seien. Auch in den Kollektivwirtschaften setzte die herrschende Bürokratie ihre Planvorstellungen voll durch. Es gab keine freie Wahl der Räte und ab Stalin wurden auch die Direktoren von oben durch die Partei eingesetzt.

Bettelheims sogenannte Unabhängigkeit der Kollektive ist nur ein Mythos und dient mitsamt des sonstigen Redeschwails nur der Ver-

⁴⁵ Informationen zur politischen Bildung", S. 26

⁴⁶ Alle Zahlen nach "Informationen zur politischen Bildung", S. 13, 19

schleierung des Stalinschen Terrors und verschafft dem Kapitalismus, genau wie auch bei Mao, durch die Theorie des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" und dem daraus resultierenden Rüstungswettlauf durch die Hintertür wieder Eingang.

Schlußwort

Die Untersuchung der verschiedenen Theorien haben gezeigt, daß die Cliff'sche Analyse genau das Gegenteil beweist als die anderen. Auch wenn teils gleiche Auswirkungen festgestellt werden, so stehen sich die Überlegungen zu den Ursachen diametral gegenüber. Auch bürgerliche Theoretiker stellen verschiedentlich gleiche Realitäten fest. Dennoch stellen sie das ganze in einem ganz anderen Gesamtzusammenhang.

Die Rätekommunisten wie Mattick sehen die Ursache des Staatskapitalismus im Staat an sich, auch wenn er von den Arbeitern kontrolliert werden.

Für die Bordigisten wie für die IKS liegt der Bruch mit dem Marxismus 1920 in der Trennung von denen, die nur durch ihren "Willen" die Weltrevolution erreichen wollen und gegenüber den Massen sich nicht öffnen wollten.

Die Ex-Stalinisten und Halbbordigisten der KPI/AIP wollen gleich nach der Revolution das Geld und die Lohnzahlungen abschaffen.

Die Stalinisten wie Bettelheim schließlich sehen die Lösung der Abschaffung des Staatskapitalismus im "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" und schwärmen von Mao's Kulturrevolution.

Das Ergebnis wird bei allen in einem Desaster enden.

Mattick und seine Freunde werden nie die sozialistische Revolution durchführen, 1. weil die Bedingungen noch reifen müssen und 2., weil sie gar nicht den Arbeiterstaat wollen und von einem paradiesischen Machtvakuum träumen. Ein Verzicht aber auf die revolutionäre Herrschaft ebnet dem Terror der Reaktion den Weg. Die illusionäre Vorstellung führte inzwischen dazu, daß es heutzutage keine ernsthaften Anhänger dieser Theorie mehr gibt und die Räte-

kommunisten sich organisatorisch praktisch heute weltweit aufgelöst haben.

Bordiga und seine Epigonen werden nie die Massen erreichen können, weil sie sich lieber nur mit Genossen der "reinen" Lehre umgeben wollen.

Die KPI/API enden dort, wo die Anarchisten enden und werden mit ihrer sofortigen Abschaffung der Lohnzahlungen jede sozialistische Revolution in den sofortigen Ruin führen - oder besser alles bleiben lassen.

Die Stalinisten um Bettelheim schließlich werden durch ihre falsche Analyse mit dem "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" dem Kapitalismus wieder zum Durchbruch verhelfen und verteidigen damit nur die Herrschaft der bürokratischen Klasse über die Arbeiter.

Nur Cliff entlarvt die Bürokratie richtig, indem daß er feststellt, daß durch den bürokratischen Rüstungswetlauf der Weltmarkt und sein Mehrwertgesetz (m/v) sich Geltung verschafft und nur durch die "Permanente Revolution" der Kapitalismus außen vor gehalten werden kann. Die Anhänger dieser Theorie können danach am Leninismus - der Notwendigkeit des Arbeiterstaates und seinen notwendigen "Terror"mitteln, der Unterordnung unter die Weltrevolution, dem demokratischen Zentralismus, der Einführung kommunistischer Maßnahmen entsprechend der Fortgang der Weltrevolution und an der "Permanenten Revolution" - festhalten.

Mit seiner Analyse hat Cliff aber nicht nur den Finger auf die Wunde des Stalinismus gelegt. Es wird bei dem Studium seiner Analyse auch gleichzeitig die Bedeutung des Verhältnisses der "notwendigen" zu Mehrarbeit, der Ausbeutungsrate für den Privatkapitalismus klar. Es wird damit die Bedeutung der Mehrwertrate in den Mittelpunkt gerückt, daß der Mensch über sein Leben, wieviel er von seiner eigenen Arbeit konsumieren kann und wieviel er für die Zukunft ansparen will, nicht selber entscheiden kann und somit er nur außer sich ist, seiner Persönlichkeit beraubt.

Cliff lenkt mit seiner Analyse den Blick der Marxisten wieder auf seine Ursprünge, nämlich der Aussage, daß die Befreiung der Arbeiter nur ihr eigenes Werk sein kann. Wenn ich sage, daß China oder die DDR sozialistisch oder irgendwie sozialistisch sind, sage ich auch damit, daß nur eine führende Schicht den Sozialismus oder Voraussetzungen für den Sozialismus erkämpfen kann. Wenn ich wie die Bordigisten sage, daß durch die Öffnung zu den Massen der Sozialismus verraten wurde, drücke ich damit mein Mißtrauen gegenüber den Massen aus und setze meine Hoffnungen auf eine kleine Schicht von überzeugten Idealisten. Mattick will zwar den Arbeiterräten der Massen um jeden Preis freie Wahlen zugestehen, erreicht aber mit seiner Forderung an die Bolschewiki letztlich das Gegenteil, nämlich eine Mehrheit der Anarchisten, die mit ihrer Ablehnung der Zentralisierung der Arbeitermacht vor der Reaktion kapitulieren. Oder er erreicht eine Mehrheit der Reformisten, die gleich die Macht den Massen entreißen und in die Hände der Reaktion legen.

Alle Nicht-Cliffischen Staatskapitalismustheorien führen zu der Herrschaft einer anderen Klasse als die der Arbeiter; oder zur Abwendung vom Leninismus oder sogar dem Marxismus und führen somit nur zur Niederlage der Arbeiter, genau so, wie die anderen Theorien über das Wesen der Ostblock-Staaten wie die des "Degenerierten Arbeiterstaates". Wir sehen, daß diese Theorie und die sonstigen "Staatskapitalismustheorie" keinen Unterschied macht, alle führen zur Niederlage. Die einen wenden sich ab von dem Marx'schen Grundsatz, daß die Befreiung der Arbeiter nur ihr eigenes Werk sein kann und setzen auf "linke" Bürokraten oder Mao's, die anderen verzichten auf die Macht der Massen - ob in Mattick'scher oder Bordigistischer Form.

Deshalb ist es falsch, alle SK-Theorien in einem Topf zu werfen und wie van der Linden zu behaupten:

»Mattick ... kam so, jedenfalls soweit es die Beurteilung der Sowjetunion betrifft, der Auffassung von Tony Cliff und dessen AnhängerInnen sehr nahe.«⁴⁷

⁴⁷ Marc van der Linden: "Von der Oktoberrevolution...", S. 150

Das Gegenteil ist der Fall. Cliff beweist mit gleichen Feststellungen der Phänomene das Gegenteil. Mattick sieht den Arbeiterstaat als das reaktionäre Moment der Revolution, Cliff dagegen sieht im Arbeiterstaat von Lenin und Trotzki die Grundlage für die Weltrevolution, unabhängig von seiner ökonomischen Form. Wesentlich war die Unterordnung in der Komintern unter die Interessen der Weltrevolution.

Von daher steht Cliff viel mehr in der Tradition Trotzkis, weil er auf der "Permanenten Revolution" aufbaut und seine Theorie der Verratenen Revolution weiter entwickelte - im Interesse Trotzkis, der mit seinem dortigen Ausspruch 1936, daß es nicht gelte, auf einen unvollendeten Prozeß eine vollendete Formel zu setzen, und damit den Auftrag gab, bei Vollendung des Prozesses auch eine vollendete Formel zu finden. Diese Aufgabe hat Cliff bravourös erledigt.

Nur mit dieser von den Internationalen Sozialisten getragenen Einschätzung werden wir Marxisten die zukünftigen Aufgaben meistern können, alle anderen Theorien werden in der Vergessenheit versinken oder sind bereits vergessen.

Zur Aktualität der Staatskapitalismus Theorie von Tony Cliff:

Die Theorie von Tony Cliff ist erst recht nach dem Zusammenbruch des Stalinismus unverzichtbar geworden!

Nach dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Staaten und auch nahezu aller weltweiten Organisationen ihrer Anhänger in Gestalt der orthodoxen Moskau- oder der unorthodoxen Peking oder Cuba-Orientierten wird von immer mehr Rest-Linken betont, daß die Abgrenzung zum Stalinismus jetzt nicht mehr notwendig sei und alle übrig gebliebenen revolutionären Sozialisten - das sind im wesentlichen die trotzkistischen Gruppen - in einer Organisation zusammengehen könnten. Eine Theorie über den Stalinismus sei jetzt nicht mehr relevant, da er schon fast Geschichte sei und seine Anhänger sich von ihrer Theorie verabschiedet hätten.

Alle also, die sich einig sind in der Frage der Revolution, der Arbeiterräte und des Internationalismus könnten demnach gemeinsam für ihre langfristigen Ziele kämpfen. Die Differenzierung über eine Theorie, besonders eine, die heute nicht mehr aktuell sei, werde damit wieder überflüssig. Diese Differenzierung gab es vor Stalin nicht, und deswegen werde sie mit dem Untergang dieser Systeme wieder überflüssig.

Versuche von »antikapitalistischen - antireformistischen - antistalinistischen« Zusammenschlüssen ohne gleichzeitige Verbindungen mit einer lebendigen Arbeiterbewegung wie z.B. in Österreich um die beiden trotzkistischen Organisationen GRM und SOAK oder in der BRD mit der VSP (GIM und KPD) im Jahre 1987 sind bereits kläglich gescheitert oder versumpft. Die VSP schrieb damals in ihrem Vereinigungsaufwurf an die SAG: *»Als politisches Ziel benannten beide Organisationen (Die trotzkistische GIM und die Ex-maoistische KPD) die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der bürgerlichen Ordnung zugunsten einer wirklichen Herrschaft der Arbeiterklasse selbst - und nicht etwa einer bürokratischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse- d.h. einer sozialistischen Demo-*

kratie«⁴⁸. Auf Grund der Wandlung der KPD war auch der Zusammenschluß in der VSP also ein "antistalinistischer". Der Einwand, daß die VSP scheitern mußte, weil die KPD ja in Wirklichkeit nicht antistalinistisch war, ist nicht haltbar. Obwohl sich zwar ihre Positionen unterschieden, waren ihre Auffassung zur UdSSR relativ identisch, aber nicht identisch in dem »Antistalinismus«, sondern im Gegenteil, relativ identisch in der Verteidigung des Stalinismus. Die orthodoxen Trotzlisten verteidigen wie die Maoisten wenn auch mit anderen Worten, in verschiedenen Varianten die stalinistischen Länder als Arbeiterstaaten, zwar als degenerierte oder deformierte, aber ohne eine über die Arbeiter herrschende Klasse. Eine neuer Aufruf zu einer Vereinigung ist wegen ihrer heute offensichtlichen Unmöglichkeit bei gleichzeitiger tiefer Depression der Arbeiterbewegung nirgendwo schriftlich erfolgt, weshalb wir auch nur eine sinngemäße Wiedergabe dieser Auffassung hier vorlegen können. Es gibt unseres Erachtens noch keine Organisation, die ein Zusammengehen aller orthodoxen und unorthodoxen Trotzlisten und anderer »antistalinistischer« Gruppen vorschlägt. Es gibt aber immer mehr Einzelpersonen, die sich mit dem Gedanken befassen. In diesem Fall ist der Gedanke, da er immer nur Wunsch bleiben kann, sogar besonders gefährlich. Wenn man als Organisation eine verbindliche Umsetzung dieser Auffassung versucht, würde man schnell an dieser Aufgabe scheitern, da sie ein Versuch ist, die Quadratur des Kreises herzustellen. Als individueller Wunsch kann er ein Leben lang vor sich hergetragen werden und die persönliche Handlungsfähigkeit für immer einschränken. Der Wunsch der Einzelpersonen nach Vereinigung ist unterstützenswert. Nur in größeren Verbänden kann man schließlich seine Grundsätze in der Praxis darstellen. Eine einfache Addition der Restlinken scheint bestehend zu sein, weil er eine Abkürzung in den schwierigen Anfängen eines Parteikernaufbaus verspricht. Man muß aber den Einzel-Linken die Wahrheit sagen. Ein Sammelsurium von Theorien hat immer nur zur Unklarheit, Schwäche und letztlich Auflösung geführt. In Zeiten von Aufschwüngen der Arbeiterbewegung kann man bei Zusammenschlüssen die Differenzen in der Praxis über-

⁴⁸ Klassenkampf (Zeitschrift der SAG) Nr. 50, Mai 1987, Seite 16

prüfen, und Zusammenschlüsse sind dann auch bei größeren Differenzen unter bestimmten Bedingungen denkbar. In Abschwüngen aber wird jeder Zusammenschluß auch bei scheinbar geringfügigen Differenzen nur zu Verwirrungen führen. Die Staatskapitalismus-Theorie ist aber inzwischen so grundlegend wichtig wie die Revolutions- und die Staatstheorie selber, daß eine leichtfertige Aufgabe einer Entwaffnung gleichkäme.

Wir denken, daß man die Massen in der Zukunft nur gewinnen kann, wenn man sich ein für allemal von dem "Übervater Rußland" in aller Deutlichkeit gelöst hat. Unsere Loyalität zu den Arbeitermassen, die z.Tl. selber unter der Unterdrückung von Honecker & Co. gelitten haben, ist wichtiger als die zu der Handvoll Ex-Linken, die immer noch in irgendeiner Form den Unterdrücker direkt oder indirekt verteidigen. Um über die Unverzichtbarkeit der Cliffschen »Staatskapitalismus-Theorie« sprechen zu können, müssen wir sie uns noch einmal kurz vor Augen führen und aufzeigen, inwieweit sie eine wesentliche Weiterentwicklung gegenüber der Theorie des »degenerierten Arbeiterstaates« bedeutet.

Von Trotzki zu Cliff

Die stalinistische Konterrevolution in Rußland war ein an bestimmten Punkten zu identifizierender Prozeß, sie geschah aber nicht an einem Tag. Die wesentlichen Merkmale sind 1924 die Veröffentlichung der Theorie des »Sozialismus in einem Lande« und das Lenin-Aufgebot (Die Parteimitglieder wurden bis 1926 verzehnfacht), 1928 der bürokratische 5-Jahresplan (Er sah eine übermäßige industrielle Wachstumsrate bei gleichzeitiger Senkung des Konsumsektors, also das Lebensstandards, vor), die im Frühjahr 1929 schlagartig verstummende Diskussion in der Parteiführung über wirtschaftliche Ziele und als abschließende Manifestation der bürokratischen Machtübernahme 1936 die Moskauer Prozesse. Trotzki, selber am Aufbau Sowjetrußlands beteiligt, fand dennoch als einziger der Parteiführung die Kraft, die Epigonen Lenins systematisch zu kritisieren. Gleichzeitig sah er, daß er nicht selber den genügenden historischen Abstand zu den Geschehnissen hatte und bemerkte 1936 in der grundlegenden Kritik am Stalinismus, der

Verratene Revolution: »Die wissenschaftliche wie die politische Aufgabe besteht nicht darin, einen unvollendeten Prozeß mit einer vollendeten Definition zu versehen, sondern darin, ihn in seinen Etappen zu verfolgen ... und in dieser Voraussicht eine Stütze für das Handeln zu finden«⁴⁹.

Also hat Trotzki selber schon 1936 die Unvollständigkeit seiner These vermutet. Er sah, daß ihm selber der notwendige historische Abstand fehlte und daß er es mit der bürokratischen Machtübernahme mit einem Prozeß zu tun hatte. Jetzt, aus der notwendigen Distanz, können wir leicht überblicken, daß dieser Prozeß des Entstehens einer neuen herrschenden Klasse - der Bürokratie - mit den Moskauer Prozessen 1936 beendet war.

In der Schrift "Verteidigung des Marxismus" z.B. wurde Trotzki noch deutlicher: »Laßt uns für einen Moment annehmen, daß, in Übereinstimmung mit dem Vertrag mit Hitler, die Moskauer Regierung die Rechte des Privateigentums in den besetzten Gebieten unangetastet läßt und sich auf die Kontrolle nach faschistischem Muster beschränkt. Solch ein Zugeständnis würde einen tiefgehenden prinzipiellen Charakter haben und könnte zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels in der Geschichte des Sowjetregimes werden. Daraus folgt, daß es für uns zum Ausgangspunkt einer neuen Einschätzung der Natur des Sowjetstaates werden könnte«⁵⁰. Wenn auch die hiergenannte Bedingung nicht erfüllt wurde, macht Trotzki mit dieser Aussage deutlich, daß er bei Änderung der Bedingungen sehr wohl die Notwendigkeit bejaht, eine Einschätzung der Natur des Sowjetstaates zu überdenken. Weitsichtiger Trotzki - blinde Epigonen.

Nach seiner unüberarbeiteten Formel hatten wir es noch mit einem Arbeiterstaat zu tun, aber einem degenerierten, weil eine besondere konterrevolutionäre Schicht die Regierungsgewalt übernommen hatte. Nach der Marx'schen Staatsphilosophie ist aber die Trennung der ökonomischen Macht von der politischen Gewalt -

⁴⁹ Leo Trotzki: "**Verratene Revolution**", Trotzki-Schriften, Hamburg 1988, Band 1.2, Seite 958

⁵⁰ zitiert nach: 'Theorie und Praxis', Wien, Nr. 1/78, Seite 37, Zitat-Nr. 49

hier die Trennung der Arbeiterökonomie von der Bürokratiegewalt - nur vorübergehend denkbar, ein instabiles System oder eine Doppelherrschaft. Die Instabilität des Systems sah Trotzki selber: »*Seinem Wesen nach kann sich der Bonapartismus nicht lange halten: Eine Kugel, die man auf der Spitze der Pyramide legt, muß unweigerlich auf die eine oder die andere Seite herunterfallen.*«⁵¹. Eine Doppelherrschaft ist nur eine kurze Zeit vorstellbar, also sicher noch für die Lebenszeit Trotzki. Sie ist aber absolut nicht mehr 50 Jahre nach Trotzki denkbar. Keine 4. Internationale hat es aber bis heute geschafft, das Werk Trotzki weiterzuentwickeln, sondern alle haben seine Formeln wie die Litanei immer weiter herunterbetet.

Erst Tony Cliff hatte Anfang der 50er Jahre die notwendige Vollendung von Trotzki's Formel mit seinem Werk "**Staatskapitalismus in Rußland**"⁵² geleistet. Dieser Weg konnte nicht innerhalb der oder irgend einer 4. Internationale beschritten werden, sondern nur mit einem gleichzeitigen organisatorischen Bruch. Nach Cliff gab es mit Stalin nicht nur eine politische Konterrevolution, sondern eine politische und ökonomische. Es muß zur Erringung der Arbeitermacht also sowohl die politische als auch eine ökonomische Revolution durchgeführt werden. Die herrschende Bürokratie ist nicht nur eine besondere Schicht der Arbeiterklasse, sondern eine eigene neu entstandene Klasse. Es geht nicht nur darum, mit einer neuen revolutionären Partei die alte Partei hinwegzufegen und ansonsten den »*Staatsapparat zu reformieren, sondern darum, ihn zu zerschlagen und einen neuen Staat aufzubauen.*«⁵³.

⁵¹ Leo Trotzki: "**Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus**" in: Trotzki Schriften, Band 1.1, HH, 1988, Seite 607

⁵² Tony Cliff: "**Staatskapitalismus in Rußland**", Ffm. 1975

⁵³ Ebda., S. 180

Die Staatskapitalismus-Theorie von Cliff

Bis zu Lenins Tod wurden wirtschaftliche Entscheidungen offen diskutiert. Die Führung der Bolschewiki sah die Triebkraft der Wirtschaft nicht im Konkurrenzkampf mit den kapitalistischen Ländern auf dem Weltmarkt. Die Entscheidung, wieviel für den Konsumsektor und welcher Anteil für den Produktionssektor entfallen sollte, war Ergebnis bewußter Diskussionen in Abwägung der Bedürfnisse der Bevölkerung und Notwendigkeiten für die Industrie. Die Probleme, die sich auf Grund der russischen Rückständigkeit im Verhältnis zum Kapitalismus ergaben, hoffte man, durch die Solidarität der Weltarbeiterklasse lösen zu können.

Man ging bewußt das Risiko ein, daß die russische Wirtschaft - sollte die Unterstützung ausbleiben - total zusammenbrechen würde und damit auch die Existenz der Bolschewiki und ihrer wenigen wirtschaftlichen Vorteile hinfällig würden. Jedenfalls wollte man die Unproduktivität nicht im Konkurrenzwetlauf mit dem Imperialismus auf dem Rücken der russischen Arbeiter lösen. Es war eine progressive, mutige Wirtschaftspolitik mit allen Risiken, aber auch mit allen möglichen Wirtschaftssiegen.

Direkt nach Lenins Tod 1924 wurde von Stalin durch seinen Schreiberling Bucharin - der sich von einem Ultralinken zu einem rechten Bürokraten gewandelt hatte - die Theorie des "Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" aufgestellt. Die Verwaltungsbeamten in Staat und Partei entwickelten das Interesse, ihre Privilegien besser abzusichern, nicht länger das Risiko des Untergangs beim Ausbleiben von Revolutionen in den hochentwickelten Länder tragen zu müssen. Sie mußten also unabhängig von der Dynamik des Weltproletariats eine Wirtschaftsstrategie entwickeln, die ihren Interessen entsprach, die die Möglichkeit des Überlebens nur durch Entscheidungen innerhalb der UdSSR bot.

Auch wenn die Bürokratie damit noch nicht den Sozialismus veraten wollte - also wenn ihr Interesse zu dieser Zeit noch das war, den Sozialismus aufzubauen und gleichzeitig ihre Privilegien abzusichern, mußte sie doch auf Grund der ängstlichen, konservativen Wirtschaftspolitik den Gesetzen des Weltmarktes Tür und Tor öff-

nen. Ein unabhängig von der Solidarität der Weltarbeiterklasse möglicher Wirtschaftsaufbau konnte nur im Konkurrenzwettkampf mit dem Privatkapitalismus durchgeführt werden, nur, indem man dem Wert- und Akkumulationsgesetz Gültigkeit verschaffte. »*Unter diesen Bedingungen mußte die Bürokratie, die sich zur **Personifikation des Kapitals** gewandelt hatte und für die die Kapitalakkumulation das ein und alles war, alle Hindernisse der Arbeiterkontrolle loswerden.*«⁵⁴. Das Wertgesetz verschafft sich im Staatskapitalismus also nicht Gültigkeit durch die Existenz eines inneren Marktes mit unbekanntem Konkurrenten, sondern mit Hilfe des Weltmarktes.

Mit dem ersten 5-Jahres-Plan wurde die Wirtschaftspolitik in die Praxis umgesetzt. Er war diktiert nicht von den Bedürfnissen der Arbeiter, sondern von denen der Bürokratie. Bis zum Frühjahr 1929 wurden in den führenden Parteigremien noch Debatten über wichtige öffentliche Angelegenheiten geführt, obwohl die Veröffentlichung von Meinungen, die mit Stalin nicht konform liefen, immer mehr eingeschränkt wurde. Mit dem 5-Jahresplan aber gab man es auf, Wirtschaftsentscheidungen als ein Ergebnis bewußter Diskussionen zu treffen, sondern nun entschied wie im Privatkapitalismus der Zwang zu Akkumulation. Die Entscheidungen wurden jetzt »*ohne Diskussion als selbstverständlich vorausgesetzt, als ob sie von außen durch irgendeine unveränderbare fremde Macht aufgezwungen worden wäre*«.⁵⁵

Die Wirtschaft und damit auch alle Lebensbereiche sind nicht mehr Ergebnis von bewußten Entscheidungen. Nein, es sind scheinbar unbekannte Gesetze außerhalb der Menschen, die das Schicksal bestimmen. Im Westen führt das trotz aufgeklärtem Kapitalismus immer wieder zu einer Gottgläubigkeit. Im Osten nicht anders: Gott wurde verboten - Lenin wurde durch Stalin an seine Stelle gesetzt. Er wurde, ohne verstanden zu werden, wie eine Ikone angebetet und von Stalin mystifiziert. Wir Marxisten wissen aber, daß es keine außerhalb des Menschen stehenden Gesetze sind,

⁵⁴ Ebda., S. 137

⁵⁵ Chris Harman: "**Nachwort**" zu Tony Cliff in "Staatskapitalismus..", Seite 258

die auf das Leben den grauen Stempel des Alltags drücken, sondern die Kapitalakkumulation. Sie läßt die Vergangenheit über die Gegenwart herrschen und macht den Menschen zum Sklaven seiner eigenen Produkte. Nicht anders im Ostblock. Das Wertgesetz und die Weltmarktkonkurrenz wurden der absolute Herrscher des Systems, die Bürokratie ihr Diener. Vor dem Fünf-Jahres-Plan 1928 betrug der Anteil der Produktionsmittel am industriellen Bruttoertrag nur 32,8%, der der Konsumgüter aber noch 67,2%. Nach der Stalin-Ära aber war es genau umgekehrt. 1950 betrug der Anteil der Produktionsmittel 68,8% und der der Konsumgüter 31,2%⁵⁶.

Der Tribut, den diese nüchternen Zahlen forderten, ist allgemein bekannt. Die Wohnungen wurden immer kleiner (1927 = 6,1 qm pro Person / 1950 = 4,67 qm pro Person), das Essen immer karger und viele Arbeiter mußten ihre Lebenskraft in den Lagern des Archipel Gulag lassen.

In der "Verratenen Revolution" spricht Trotzki 1936 bereits von einer notwendigen politischen Revolution, nicht mehr wie noch 1933 von einer Reform. Die sozialen Errungenschaften gelte es aber zu verteidigen. Die Bürokratie besaß Instrumente, diese Beschneidungen des Lebensstandards durchzusetzen, als da wären: die Planungsbehörde, das Außenhandelsmonopol, die verstaatlichten Betriebe, die Staatsgewerkschaften, die "Sowjets", Polizei, Armee usw. Es war die Planungsbehörde, die vom Arbeiter Plan-Soll-Erfüllung forderte und damit als Unterdrückungsinstrumente gegenüber dem Arbeiter auftrat. Wie kann ich da als Marxist zur Verteidigung dieses Plans aufrufen? Cliff sagt dazu: *»Trotzki umgeht die Anwendung der marxistischen Staatstheorie auf die politische Revolution und die soziale Konterrevolution in Rußland zum Teil mit der Behauptung, die revolutionäre Partei würde mit der Wiederherstellung der Demokratie in Gewerkschaften und Räten beginnen. In Wirklichkeit gibt es in Rußland weder Gewerkschaften noch Räte, in denen die Demokratie wieder hergestellt werden könnte. Es geht nicht darum, den Staatsapparat zu reformieren,*

⁵⁶ Tony Cliff: "Staatskapitalismus...", Seite 33

sondern darum, ihn zu zerschlagen und einen neuen Staat aufzubauen.«⁵⁷

Die aktuellen Ereignisse im Ostblock haben gezeigt, daß das Privatkapital der BRD ohne größere Reibutngen den Staatsapparat der DDR - die Armee, die Polizei, die Verwaltung, die Justiz usw. - übernommen hat; da kann doch dieser Apparat auch bei einer Demokratisierung nicht den Interessen der Arbeiter dienstbar gemacht werden. Cliff fährt fort: *»Anzunehmen, Proletariat und Bourgeoisie könnten den gleichen Staatsapparat als Herrschaftsinstrument verwenden, wäre gleichbedeutend mit der Verwerfung der revolutionären Staatstheorie, wie sie von Marx, Engels, Lenin und Trotzki entwickelt wurde.*«⁵⁸ Auch wenn ein gutwilliger Marxist nach einer politischen Revolution in die Staatssojwets gewählt würde, müßte er doch die Aufgaben der sozial herrschenden Klasse, der Bürokratie erfüllen, da diese sonst seine Pläne und die der Arbeiter boykottieren und usurpieren würde.

Die Bürokratie hat sich zu einer herrschenden Klasse entwickelt und sie verteidigt ihre Herrschaft, indem sie selber entscheidet, wer zu ihr gehört und wer nicht. Die Bürokratie ist eine nach außen abgeschottete Gruppe. Wir finden zwar im Staatskapitalismus keine Gesetze, wie im Privatkapitalismus die Eigentumsgesetze, die die Herrschaft der Bürokratie absichern würde. Das ist aber auch nicht von Bedeutung, denn *»eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besondern Kategorie, einer abstrakten und ewigen Idee geben wollen, kann nichts anderes sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.*«⁵⁹. Bei Marx wird die herrschende Klasse eben nicht über die Eigentumsfrage definiert, sondern über die Distribution (Verteilung, Verfügung): *»...Ehe die Distribution Distribution der Produkte ist, ist sie 1. Distribution der Produktionsinstrumente und 2., was eine Bestimmung desselben Verhältnisses ist, Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiedenen Arten der Produktion.*«⁶⁰ Wer im Privatkapitalismus zur herrschenden Klasse gehören will,

⁵⁷ Ebda., Seite 180

⁵⁸ Ebda., Seite 180

⁵⁹ Karl Marx: **"Das Elend der Philosophie"**, MEW, Band 4, Seite 165

muß Produktionskapital besitzen. Um sein Kapital verteidigen zu können, muß er auch die Interessen des Gesamtkapitals verteidigen und ist somit ein Garant für die Herrschenden. Im Staatskapitalismus mußte man über die Parteimitgliedschaft und einen niederen Bürokratenposten sich als treuer Anhänger erweisen. Dann wurde man in den Kreis der Herrschenden, der "Nomenklatura", aufgenommen und erhielt einen höheren Bürokratenposten. Um diesen zu erhalten, mußte der Einzelbürokrat auch die Interessen der Gesamtbürokratie verteidigen und machte sich somit ebenfalls zu einen Garant der Herrschaft der Staatsbürokratie.

Wie oben beschrieben, drückte sich der Wunsch der Bürokratie, unabhängig von einer Radikalisierung der Weltarbeiterklasse überleben zu können, in der Theorie des Aufbaus des "Sozialismus in einem Lande" und damit im Produktionswettbewerb aus. Der direkte Handel mit der privatkapitalistischen Welt spielte eine sehr untergeordnete, der Rüstungswettbewerb als der Türöffner für die Marktgesetze hingegen die wesentliche Rolle.

An dieser Stelle wird oft eingewendet, daß doch ein Arbeiterstaat sich auch gegen den Imperialismus verteidigen und in den Rüstungswettbewerb treten müßte. In dieser Überlegung gibt es aber zwei Trugschlüsse:

Erstens liegt es nicht im Interesse eines Arbeiterstaates, mit Atombomben oder SDI hochzurüsten. Mit solchen Massenvernichtungsmitteln könnten wir höchstens die Kollegen anderer Länder vernichten, die wir Kommunisten doch gewinnen wollen. Die Arbeiter ersetzen die Massenvernichtungsmittel durch ihr Engagement, da sie für ihre eigene Sache kämpfen. Auf Grund dessen, daß ein wirklicher - nicht nur dem Namen nach - Arbeiterstaat, also nicht hochzurüsten braucht, er also nicht in den Rüstungswettbewerb eintritt, kann er zumindestens mittelfristig die Geschwindigkeit der Produktivitätserhöhung von den Bedürfnissen der Arbeitermassen abhängig machen.

⁶⁰ Karl Marx: "Einleitung zu Kritik der politischen Ökonomie", MEW, Band 13, S. 627

Zweitens liegt unsere Hauptwaffe im Internationalismus, d.h. wir spekulieren auf die Gewinnung der Herzen und Köpfe der Soldaten der feindlichen Armeen um sie so für eine Meuterei zu gewinnen. Die Begeisterung der Arbeitermassen war eine wesentliche Waffe für den Sieg Trotzki im Bürgerkrieg. Die Meuterei der französischen Matrosen, der Druck der englischen Arbeiter und die Aufstände in Deutschland und Österreich⁶¹ führten im wesentlichen zum Ende der imperialistischen Angriffe auf Sowjetrußland, nicht eine Hochrüstung der Bolschewiki.

Man kann sich leicht vorstellen, daß die Waffen der Solidarität - wie von Trotzki im Bürgerkrieg angewendet - für die Bürokratie nicht in Frage kommen. In Spanien 1936 verzichteten die Stalinisten mit Unterstützung der Anarchisten schon von vornherein auf die sozialistische Revolution mit dem Argument, daß sonst die Engländer und Franzosen sich nicht mehr neutral verhalten würden.

Die Bürokratie als herrschende Klasse muß also in den Rüstungswettlauf eintreten. Das bedeutet, daß sie das ursprüngliche Produktionsziel "Konsumprodukte" dem Ziel "Rüstungsproduktion" unterordnen muß. Um mit der Hochrüstung von Europa und der USA mithalten zu können, muß immer mehr Mehrprodukt aus den Arbeitern gepreßt werden. Somit erhält der Weltmarkt mit seinem Wertgesetz Einlaß in einen ursprünglichen Arbeiterstaat. *»Die Ausbeutungsrate, das heißt das Verhältnis von Mehrwert und Lohn (m/v) hängt nicht von der Willkür (den Konsumbedürfnissen, Machtgelüsten usw.) der stalinistischen Regierung ab, sondern wird vom Weltkapitalismus diktiert«* schlußfolgert dann auch Cliff und faßt zusammen: *»Sobald man also die russische Wirtschaft im Zusammenhang der heutigen konkreten historischen Situation, das heißt im Rahmen des anarchischen Weltmarkts, analysiert, erscheint das Wertgesetz als oberste Instanz.«*⁶²

Der Zusammenbruch der UdSSR

⁶¹ siehe Leo Trotzki: "Verratene Revolution", Hamburg 1988, Trotzki-Schriften, Band 1.2., Seite 883

⁶² Tony Cliff: "Staatskapitalismus...", Seite 209 und 213

Ob Privatkapitalismus oder Staatskapitalismus, beides sind Gesellschaftssysteme mit dem Wertgesetz, dem Gesetz der Kapitalakkumulation, also kapitalistische Warengesellschaften, in denen der Produzent von seinem Produkt getrennt wird. Der Kapitalismus, anfangs noch fortschrittlich, hat sich spätestens mit dem 1. Weltkrieg in sein Gegenteil verkehrt. Die reaktionären, zerstörerischen Tendenzen - d.h. die Überproduktion und der Kampf um Märkte - gewannen gegenüber den fortschrittlichen - d.h. der Entwicklung der Produktivkräfte und der Arbeiterklasse - an Übergewicht. Das bedeutet aber nicht, dass es nur noch die negativen Tendenzen gab. Die Entwicklung der Produktivkräfte hält bis zum heutigen Tag an, bringt aber gleichzeitig immer mehr zerstörerische Kräfte hervor. Der Computer ermöglicht eine weltweite Klimaüberwachung, Riesenernten, höheres Nahrungsmittelangebot und damit Preissenkung und Verelendung der Bauern in der unterdrückten Welt.

Die Erhöhung der Produktivkräfte ist ein Ergebnis der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (c/v), d.h. des wachsenden Anteils des konstanten Kapitals gegenüber den Löhnen. Das Interesse des nationalen Gesamtkapitalisten nach Überlegenheit im weltweiten Konkurrenzkampf vermittelt er über den Gewinn an den Einzelkapitalisten. Gewinn macht der Einzelkapitalist nur, wenn die Ware auf dem Markt zu einem Preis über seine Ausgaben verkauft wird. Es gibt also für ihn einen stetigen Zwang, die Qualität der Ware zu verbessern, damit der Markt seine Waren aufnimmt. Je härter der Konkurrenzkampf wird, umso schneller werden die Produkte erneuert und veraltern. Ein Computer ist heute bereits nach einem halben Jahr überholt.

Ganz anders verläuft diese Entwicklung in den staatskapitalistischen Ländern. Der Gesamtbürokrat hat zwar auch ein Interesse an einer militärischen und damit ökonomischen Überlegenheit, er kann dieses Interesse aber nicht dem Einzelbürokraten vermitteln. Er benötigt zur Herstellung der für ihn notwendigen Massenvernichtungsmittel Mehrwert. Er kann sein Interesse nach Mehrwert aber nicht dem Einzelbürokraten vermitteln. Die Forderung an den Bürokraten nach Mehrwert wäre die Forderung an den Kreis, ein Quadrat zu bilden. Wenn Gewinn gemacht werden soll, wird der

Verkauf auf dem Markt entscheiden. Also: Produkt, Menge, Qualität werden durch die Nachfrage bestimmt. Damit wäre der Einzel- und damit auch Gesamtbürokrat aber überflüssig. Die Forderung an den Einzelbürokraten, der für den inneren und damit auch äußeren Markt produziert, darf also nicht »Profit und Akkumulation« lauten, sondern nur »Mengen und Tonnen«.

Das Ergebnis dieser "Tonnenideologie" waren Innovations-unfähigkeit bei den Massenprodukten, "Schlendrian", Qualitätsmangel, falsche Produkte und Ausschuß. Obwohl die Ingenieure der UdSSR Mondraketen und Überschallbomber entwickeln konnten, waren sie nicht in der Lage bzw. hielten es nicht für nötig, qualitativ hochwertiges Schreibpapier für die Massen zu produzieren. Die Frage des Verkaufs spielte keine Rolle, also wurde egal was produziert. Hauptsache der Bürokrat befahl viele Arbeiter und konnte damit zusätzlich für eine Militärproduktion sorgen. In der DDR betrug 1988 der Ausschuß bei allen Produkten ca. 50%. Der gleichzeitige Rüstungswettlauf ließ aber den Verteidigungshaushalt ins Unermeßliche ansteigen. In der UdSSR betrug er am Ende 60% im Gegensatz zur USA mit 6%. Im letzten direkten Waffenvergleichstest im Irak-Krieg zeigten sich aber die UdSSR-Waffen trotz dieser relativ hohen Ausgaben als hoffnungslos unterlegen.

Die modernen Waffen (Raketen, Panzer usw.) haben heute einen Anteil von 90% Elektronik, sind also Produkte mit einer hohen Produktivität. Sie ist aber nur mit einer hoher Motivation für den Produzenten zu erreichen. Diese Motivation ergäbe sich in einem Arbeiterstaat - und dieser benötigt nicht die Hochrüstung, sondern nur eine Mindestausstattung - dadurch, daß der Arbeiter von seinem Produkt nicht entfremdet, also getrennt ist, sondern die volle Verfügungsgewalt besitzt.

Solange die Rüstung z.B. aus einem einfachen Messer bestand, konnte ein Arbeiter dieses an einem Tag herstellen. Um diesen Arbeiter zu ernähren, mußte ein Bauer einen halben Tag arbeiten. Um z.B. aber die Elektronik für die Interkontinentalatomraketen herzustellen, benötigt man 10.000 Arbeiter, die einen Monat arbeiten. Um diese zu ernähren, müssen schon 1.000.000 Bauern einen gan-

zen Monat arbeiten. Der Bedarf an Hochrüstung stieg im Verhältnis zur allgemeinen Produktivität überdurchschnittlich, da es keine Triebkraft zur Produktivitätssteigerung der Massenware Elektronik wegen des Fehlens des inneren Marktes gab, aber sehr wohl einen Antrieb zu Erhöhung der Produktivität der Massenvernichtungsmittel auf Grund des weltweiten Rüstungswettlaufes, in den sich die Bürokratie begab.



Die Elektronik, besonders die Weltraumüberwachung, war im Golfkrieg bereits kriegsentscheidend. Die UdSSR, der Hauptwaffenlieferant des Irak, konnte auf diesem Gebiet nicht

mehr mithalten und die herrschende Klasse von Moskau mußte, um ihre Macht zu behalten, sich in Privatkapitalisten verwandeln.

Im Privatkapitalismus sind durch die hohe Produktivität die Reproduktionskosten des Arbeiters absolut sehr hoch, so daß der Tauschwert seiner Arbeitskraft und damit die Reduzierung seiner Würde - wie Marx es vergleicht - noch ein für ihn erträgliches Maß annimmt, jedenfalls in den Industriestaaten, (und die Lohnhöhe trotz Trennung von seinem Produkt erst einmal Motivation genug ist). Im Staatskapitalismus aber ist die Motivation vollends dahin. Die Peitsche des Archipel Gulag langt noch für die Tonnenproduktion von Stahl, Röhren und einfacheren Produkten wie Eisenbahnen. Wird aber eine höhere Qualität verlangt, versagt das System vollends. *»Aber je weiter die Entwicklung voranschreitet,«* stellt bereits Trotzki fest *»um so mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint geprägt vom grauen Stempel der Indifferenz. In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativefreiheit, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für Qualität.«*⁶³

Bei Chris Harman finden wir die gleiche Schlußfolgerung: *»Auch hier [bei der technisch fortgeschrittenen Industrieproduktion] führt bürokratische Kontrolle zu einem niedrigen Produktionsniveau und zu schlechter Qualität der Produkte«*. Und weiter: *»Zu Stalins Zeiten erlaubte ein Überfluß an materiellen Mitteln ein industrielles Wachstum, obwohl diese Mittel nicht wirksam ausgenutzt wurden und die Arbeitsproduktivität sehr niedrig war. Das war in den fünfziger und sechziger Jahren nicht mehr möglich. Die Folge war ein*

⁶³ Leo Trotzki: "Verratene Revolution", Seite 976 Diese Feststellung verträgt sich übrigens nicht mit der trotzkistischen Definition des »Arbeiterstaates«. In einem Arbeiterstaat - das Merkmal dafür, daß die Arbeiter über ihre eigene Produktion verfügen - wäre die Aufhebung der Trennung vom Produkt schon Motiv für die Fertigung guter Qualität genug.

Rückgang der Wachstumsraten aller stalinistischen Industriestaaten.«⁶⁴

Unabhängig von der Frage, ob der staatskapitalistische Staat vom bürokratischen Interesse oder dem Interesse von Privatkapitalisten angetrieben würde, stellt Marx im Kapital fest: *»Die Profitrate, das heißt der verhältnismäßige Kapitalzuwachs, ist vor allem wichtig für alle neuen, sich selbständig gruppierenden Kapitalableger. Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger weniger, fertigen Großkapitale fiel, für die die Masse des Profits die Rate aufwiegt, wäre überhaupt das belebende Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlummern.*«⁶⁵ Die Monopole im allgemeinen führen also tendenziell immer zur Innovationsunfähigkeit im Bereich der Massenwaren.

Die ausbleibende Entwicklung der Produktionsmittel bei schlechterer Ausgangssituation der Kapitalausstattung der staatskapitalistischen Länder führten zum Ende der Herrschaftsform in 1/3 der Welt. Gorbatschow hatte den drohenden Konkurs rechtzeitig erkannt und versucht, mit anderen Ländern den Kurs hin zum Privatkapitalismus zu wechseln, um die Herrschaft der Bürokratie in einer anderen Form - der des Privatkapitalisten oder seiner Handlanger - zu erhalten. Am 30.10.1989 stellte ein Gutachten für das ZK der SED fest: *»Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat.*«⁶⁶ Diese Drohung für die Bürokratie paralyisierte die Bürokratie so, daß es nur noch eines kleinen Anstoßes bedurfte, die Mauer zum Privatkapitalismus ganz zu öffnen.

Die herrschende Klasse des Ostblocks hat die Massen in den Ruin getrieben. In der Prager Botschaft überrannten sie die Absperrungen und wünschten sich nur noch eins: *»Raus, hier, nichts wie raus*«. Die jahrzehntelange Ausbeutung hatte sie noch eher als im Westen in Massen vom Stalinismus und erst einmal damit auch

⁶⁴ Chris Harman, Nachwort zu Tony Cliff, Seite 272

⁶⁵ Karl Marx: "**Das Kapital**", Band III., Seite 269

⁶⁶ Nach Spiegel Nr.44/1992, Seite 103

vom Marxismus weg getrieben. Sie wußten nicht wohin. Brecht meint in einem Gedicht, wenn es im Haus brennt, dann rennt man raus und fragt auch nicht erst danach, ob es draußen regnet oder schneit? Es fehlte beim Ende des Ostblocks eine richtungsweisende revolutionäre Führung, die sicher damals noch nicht zur sozialistischen Revolution hätte hinführen können, aber zumindest schon weitere Weichenstellungen anders hätte stellen und beispielsweise in den jüngsten Auseinandersetzungen mit dem Privatkapital dann aus einer besseren Ausgangssituation hätte agieren können.

Verteidigung der Bürokratie heißt, die Möglichkeit der Gewinnung des Proletariats verlieren!

Statt dessen wird mit Ausnahme der Anhänger der "Staatskapitalismus"-Theorie die DDR, Nicaragua oder China mindestens in der Form des »nichtkapitalistischen Weges« verteidigt. Von den Altstalinisten bis zu den Trotzlisten verteidigen alle in irgend einer Form irgend ein staatskapitalistisches Land, ob nun als ein sozialistisches oder als ein degenerierter Arbeiterstaat, wo es keine herrschende Klasse und keine Lohnsklaverei gebe. Sie alle stellen sich damit auf eine Seite der Barrikade mit Honecker und Co - egal was sie noch an Kritiken an der Bürokratie finden - und stehen somit gewollt oder ungewollt auf der anderen Seite als die Arbeitermassen. Es gilt aber, wenn wir die Zukunft der Menschheit und die Massen gewinnen wollen und nicht nur die Handvoll Rest-Linker, sich eindeutig auf die Seite der Arbeiter zu stellen. In der Auseinandersetzung der Bergarbeiter in der UdSSR 1989 gegen die Bürokratie um Gorbatschow z.B. galt es, sich nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie klar mit den Arbeitern und ihren potentiellen Emanzipationsbestrebungen zu solidarisieren. Das bedeutet, nicht wie die »Vorant« 1987 davon zu sprechen, daß in der Ära Gorbatschow »in den nächsten 5 bis zehn Jahren der Weg für die Bewegung hin zum Sozialismus geebnet werden wird«⁶⁷ oder wie der BSA den Arbeitern einreden zu wollen, daß durch »die Zerschlagung der staatlichen Betriebe der ehemaligen DDR sie in eine Masse billiger

⁶⁷ Ted Grant: "Sowjetunion - Reform oder politische Revolution", eine Vorant-Broschüre, Seite 8

Lohnsklaven verwandelt werden«. ⁶⁸ Gorbatschow war ein guter Garant der herrschenden Klasse, und billige Lohnsklaven waren die Arbeiter allemal. Wie will man mit solchem Gerede die Kollegen in den staatskapitalistischen Ländern ansprechen, sich als deren Vertraute zeigen?

Seitdem in diesen Länder die Bürokratie versucht, ihre Herrschaft zu retten, indem sie sich in Privatkapitalisten verwandeln will und es nur noch wenige bürokratische staatskapitalistische Länder gibt, könnte man sagen, daß die eben ausgeführte Auseinandersetzung heute nicht mehr relevant sei und damit alle Trotzlisten in eine Organisation gehen könnten, nur noch ein Konzept des Pluralismus in der marxistischen Partei Zukunft habe. Die Feststellung, daß nur noch wenige Länder wie Cuba oder China von Bürokratien beherrscht werden, ist richtig.

Andererseits aber sind die meisten ehemaligen staatskapitalistischen Länder heute noch keine 'reinen' privatkapitalistischen Länder und es gibt dort jeweils massive Interessen, den Stalinismus wieder einzuführen. Den Massen wird erzählt, daß es ihnen unter dem Stalinismus besser gegangen sei. Natürlich zeitigt der Privatkapitalismus besonders in der heutigen Weltwirtschaftskrise in einem so großen Land wie Rußland überhaupt keine Ergebnisse für die Massen. Aber es war doch der Stalinismus, der zuerst in der Krise ökonomisch am Ende war und wegen dessen Ruin ein neuer Weg gesucht werden mußte. Warum sollten die Massen massiv und emanzipiert kämpfen für etwas, was bereits tot ist und in dem sie auch unterdrückt wurden? Nicht nur die Arbeiter in den staatskapitalistischen Staaten werden mit den orthodoxen trotzlistischen Illusionen in die Irre geführt, auch nicht nur die Arbeiter in den bonapartistischen Staaten, in denen es noch eine starke bürokratische Fraktion gibt, die wieder hin will zum Stalinismus, werden von der Aufgabe ihrer Selbstbefreiung abgelenkt, nein, auch die Massen in den privatkapitalistischen Länder werden mit diesen Formeln davon abgeschreckt, uns Kommunisten zu folgen, auch wenn wir ansonsten die richtigen marxistischen Analysen hätten.

⁶⁸ vgl. BSA: "Das Ende der DDR", Essen 1990, Seite 27

Die Notwendigkeit einer klaren, in sich logischen, geschlossenen Theorie besteht gerade deshalb, weil innerhalb der Arbeiterklasse, auch und besonders, wenn sie in den emanzipierten Kampf geht, die gegnerischen Organisationen mit falschen Ideologien durchsetzt mit bürgerlichen Versatzstücken auftreten. Gäbe es diese Organisationen nicht - Sozialdemokraten, Stalinisten, Anarchisten, Zentristen - mit denen die Bourgeoisie versucht, ihre herrschende Meinung auch in die Arbeiterklasse zu transportieren, könnte man sicher selber auf eine Organisation mit der richtigen Theorie verzichten und auf die Spontaneität der Arbeiterklasse vertrauen. Nur ist die Abwesenheit der politischen Gegner nicht die Realität und gegen all diese ideologischen Blender kommt leider keine Spontaneität an, hier muß organisiert die geschlossene marxistische Theorie entgegengesetzt werden.

In der Arbeiterklasse gibt es im Privatkapitalismus - besonders des entwickelten - die Schicht der Gewerkschaftsbürokratie. Die Gewerkschaftsbürokratie hat ein eigenes konservatives Interesse entwickelt, nämlich das der Sicherung ihres Einkommens und ihrer Pfründe. Dieses sich von dem Interesse der Gesamtarbeiterklasse unterscheidendes Interesse führt dazu, daß die Gewerkschaftsbürokratie ihre Privilegien auch unabhängig von der Arbeiterweltbewegung verteidigen will und daher sich dem Interesse des nationalen Kapitals unterordnet. Nun würde natürlich diese Bürokratie selber keine Revolution gegen das herrschende Privatkapital durchführen. Sie bekämpft die Idee der Arbeiterräte mit dem Hinweis, daß die Diktatur des Proletariats immer wieder zur Diktatur der Partei, zum Stalinismus führen würde. Dieses Argument, das tagtäglich über die bürgerliche Propagandamaschinerie auf uns einprasselt, wird für immer gerne von der Bourgeoisie benutzt werden. Dem muß und kann man nur eine grundlegende systematische Abgrenzung zum Stalinismus entgegensetzen, und zwar für immer. Allein, weil dieses Argument gerne und auch in Zukunft von der Bourgeoisie benutzt wird, ist die Staatskapitalismus-Theorie zur Durchsetzung der Ideen von Marx weiterhin notwendig.

Auch nach einer erfolgreichen Arbeiterrevolution und der totalen Zerschlagung des Kapitals wird die Gewerkschaftsbürokratie im-

mer wieder versuchen, zur Wiedergewinnung ihrer persönlichen Privilegien die Arbeitermacht in das Fahrwasser der Sozialdemokratie umzulenken. Sie wird den Vorschlag machen vom "Aufbau des Sozialismus in einem Lande", der Einheitspartei, der Staatsgewerkschaft usw. usf.

Dann gilt es, den Vorschlägen der Konservativen entgegenzuhalten, daß mit dem Versuch der Durchsetzung des Sozialismus in einem Lande indirekt die Kapitalakkumulation, der Kapitalismus wieder Eingang finden wird - ob man will oder nicht. Diese Diskussion wird nach jeder erfolgreichen Arbeiterrevolution immer wieder aktuell werden. Und sie wird natürlich nicht nur nach einer Revolution geführt werden, sondern auch schon davor, wenn die Massen sich international verbinden und die Bürokratie beiseitefegen. Das Gift des Nationalismus wird zu jeder Zeit unter den Massen verbreitet. Der Marxismus ist nur dann eine scharfe Waffe gegen das Kapital, wenn er immer konsequent gegen nationale Illusionen antritt, nicht nur im Zusammenhang mit dem Privat-, sondern auch mit dem Staatskapital. Dann helfen keine Halbheiten wie die, daß man zwar anerkennt, daß der Sozialismus nicht in einem Land aufgebaut werden kann, aber andererseits es in den stalinistischen Staaten »nichtkapitalistische« Räume oder keine billige Lohnsklaven gebe und daß man in einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der privatkapitalistischen und der staatskapitalistischen Fraktion plötzlich als nationalistischer Vaterlandsverteidiger für eine Seite auftritt.

Die Arbeiterbewegung hat in der kurzen Geschichte ihres Daseins seit den Anfängen des 19. Jahrhundert schon viele Niederlagen erlebt. Natürlich gab es immer vor jeder Niederlage schlaue Menschen, die vor den radikalen Kämpfen warnten. Man könnte also meinen, wäre man doch gleich diesen gefolgt, dann hätte man das ganze vom Stalinismus verursachte Elend nicht durchmachen müssen. Aber das wäre total falsch. Die Arbeiterbewegung muß leider auch durch ihre Niederlagen lernen. Und so und nur so haben sie alle einen Sinn gehabt. Nach jeder verlorenen Schlacht haben unsere Theoretiker die Taktik des Kapitals und die der Arbeiter analysiert und Schlüsse für die Zukunft gezogen. Gerade in der Weiter-

reichung der Erfahrungen an die zukünftigen Generationen , auch der negativen, liegt die Aufgabe von uns Marxisten. Die materiellen Ergebnisse des Kampfes von Lenin, Trotzki und allen Arbeitern sind gleich Null. Nur das Bewußtsein ist geblieben. Unserer Theorie ist mit unendlich vielen wertvollen Erfahrung durch den russischen Oktober bereichert worden. So gesehen waren die 70 Jahre Leiden der Massen unter der stalinistischen Knute nicht umsonst. Heute können und müssen wir Kommunisten klar sagen, was nicht unser Ziel ist, was wir nicht wollen. Aber nur dann, wenn wir die richtigen Schlüsse aus dem Stalinismus ziehen und sie benennen und nicht unter den Teppich kehren, war das Leiden unserer Kollegen nicht umsonst, bekommt es auch einen Sinn.

Der bürokratische Staatskapitalismus hat uns gezeigt, daß wir mit dem »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« der Konkurrenz und der kapitalistischen Kapitalakkumulation wieder durch die Hintertür Einlaß geben. Zu behaupten, allein die Verstaatlichung sei der Schritt der Arbeiter durch die Tore von Jericho, heißt, durch seine theoretische Einfalt die Arbeitermassen vom Marxismus nur abzuschrecken. *»Es ist neuerdings ... ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hie und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus.«*⁶⁹

Diese Worte zeigen in aller Deutlichkeit, daß jedes Produzieren von Illusionen allein in die Verstaatlichung in welcher Form auch immer, dem Marxismus nicht dienlich ist und nur in die Irre führen. Der Marxismus ist kein Sammelsurium von Einzelvorstellungen. Das will die Bourgeoisie aus ihm machen. Wir Marxisten sehen es daher als notwendig an, in unserer politischen Organisation getrennt von den Reformisten zu marschieren. Nur so wird es uns gelingen, unsere Idee von der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates unter den Massen, wenn sie in einem emanzipierten

⁶⁹ F. Engels: "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", MEW, Band 19, Berlin 1972, Seite 221 in der Anmerkung

Kampf bereit sind, zu verbreiten. Ebenso ist es notwendig, in der politischen Partei Klarheit über den staatskapitalistischen Charakter der Bürokratie zu haben. Nur so wird man die Cliff'sche Idee der Zerschlagung des bürokratischen Staatsapparates - und zwar des gesamten Apparat auch mit seinen Verwaltungen, den Plan-, den Außenhandelsministerien usw. - unter den Arbeitern verbreiten können. Was für die eine Hälfte der Welt gilt, die gesonderte Organisation wegen der Propaganda für die Zerschlagung des Herrschaftsapparates, muß für Internationalisten auch für die andere Hälfte der Welt gelten.

Zusammenfassung

Es ist richtig, daß es heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum noch bürokratische staatskapitalistische Staaten gibt und von daher diese Frage - Staatskapitalismus oder degenerierter Arbeiterstaat - eine untergeordnete Rolle spielt.

Es gewinnen aber zunehmend andere Probleme an Bedeutung und rücken in das Zentrum der Betrachtung:

1. Der Wechsel der herrschenden Klasse in den staatskapitalistischen Staaten zu der privatkapitalistischen Fraktion fiel nicht zufällig in die Zeit der Weltwirtschaftskrise. Der Zusammenbruch des Stalinismus war eben nur ein Vorbote der Krise des gesamten Kapitalismus. Damit soll aber nicht behauptet werden, daß es zu keinerlei Erholung des Kapitalismus mehr kommen wird und wir schnurstracks und direkt in die Barbarei marschieren würden. In dem riesigen Rußland würde unabhängig von der Situation, ob Krise oder Boom, zur Herstellung der Weltwettbewerbsfähigkeit so viel Kapital benötigt werden, daß es auch von den gesamten privatkapitalistischen Ländern nicht aufgebracht werden könnte. Die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit ist allemal nur in der DDR und vielleicht anderen kleinen Ländern wie der Tschechei, in Polen oder Ungarn möglich. Aber auch hier zeigen sich wegen der Weltmarktkrise große Probleme.

Die alten Stalinisten, die nicht an die Futternäpfe des Pravatkapitalismus gelangten, wollen natürlich wieder zurück zu ihren Privi-

legien und damit zurück zu dem bürokratischen Staatskapitalismus und versuchen, die Arbeitermassen, die auch vom Privatkapitalismus enttäuscht wurden, dafür einzuspannen. Hier müssen die Kommunisten eine klare Sprache sprechen und aufzeigen, daß dies nicht der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, also nicht der zu einem Arbeiterstaat oder auch nur zu einem »degenerierten« Arbeiterstaat ist. Wir müssen aufzeigen, daß die Massen ihren Weg neu entdecken und selber ihre Sache in die eigene Hand nehmen müssen. Da nicht damit zu rechnen ist, daß die russische herrschende Klasse die ökonomischen Probleme lösen wird, hängt die Gefahr, daß revolutionäre Tendenzen von den Alt-Stalinisten wieder in ihr Fahrwasser gelenkt werden, wie ein Damoklesschwert über diese instabilen Gesellschaften.

2. So lange wir Marxisten sagen, daß unsere Zielvorstellung etwa der der alten DDR entspricht, zwar nur annähernd, aber so ähnlich, werden wir zwar heute drei Linke ansprechen können, aber in Zukunft nicht die Millionen von Arbeitern. Wenn wir also wie die meisten Trotzisten sagen, in der DDR gab es keine Lohnsklaverei, die Arbeitermassen diese aber an ihrem eigenen Leib erfahren haben, und zwar doppelt und dreifach stärker als der Westkollege, dann sind wir für sie nicht für einen Jota glaubwürdig und werden sie nie erreichen können. Auch der Westkollege kennt die Lohnsklaverei in der DDR und wird uns für Märchenerzähler halten, nicht aber für marxistische Propagandisten.

3. Die Bourgeoisie argumentiert besonders heute gegen uns Kommunisten, indem sie erklärt, daß unsere Vorstellung zwar demokratisch sei, in der Realität aber immer wieder auf den Stalinismus hinausliefe und - wie jetzt endgültig bewiesen - ökonomisch nicht funktionieren wird. Das Wort »Jesus lebt und Marx ist tot« wird in allen möglichen Abwandlungen tagtäglich den Arbeitermassen in Ost und West mit Hilfe der bürgerlichen Medienhydra eingebleut. Hier benutzte das Kapital auch gerne ihr Sprachrohr in der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie. Gegen diese Einlullungsversuche gilt es, eine scharfe Waffe zu entwickeln. Wir müssen unmißverständlich klar machen, daß sich der Stalinismus nicht aus dem leninschen Arbeiterstaat - auch nicht nur seiner sozialen Seite - ent-

wickelt hat, sondern daß er letztlich das Ergebnis der totalen politischen und sozialen Zerschlagung des Oktobers, seiner Umkehrung, ist. Der Stalinsimus ist die Negation des Oktobers, nicht seine logische Konsequenz.

4. Nach einer Revolution, nachdem das Kapital total zerschlagen am Boden liegt und es keine Aussichten mehr für die Bourgeoisie geben wird, werden die ehemals privilegierten Bürokraten aus den Reformistenparteien und den Gewerkschaften auftauchen und die Revolution in ihr Fahrwasser zu lenken versuchen. Auf Grund ihrer konservativen Haltung werden sie vorschlagen, den Sozialismus aufzubauen unabhängig von der Bewegung der Arbeiter in der Welt. Sie wollen die Wirtschaft entwickeln, egal ob es eine internationale Solidarität geben wird. Auch wenn sie selber den Sozialismus wünschen, werden sie aus ihrer Ängstlichkeit den Vorschlag des »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« unterbreiten. Wir müssen dann aufzeigen und können das heute beweisen, daß dann die Kapitalakkumulation im Konkurrenzwettkampf mit all ihren Übeln, der Kapitalismus wieder durch die Hintertür Einlaß finden wird. Heute steht sicher nicht mehr die Frage »War Rußland staatskapitalistisch?« im Vordergrund, sondern die Frage in der Zukunft, daß man mit dem Aufbau des Sozialismus in einem Lande dem Kapitalismus wieder den Weg ebnet, ob man will oder nicht. Und dies läßt sich nun mal an Rußland beweisen. Daher ist die Analyse der UdSSR heute erst recht wichtig und keine nebensächliche Angelegenheit.

Alle vier Punkte - besonders der letzte - machen deutlich, daß der Marxismus nur noch mit der Staatskapitalismustheorie von Tony Cliff zu den Arbeitermassen, wenn sie erwacht sind, transportierbar ist. Wenn man von der Leninschen Parteitheorie ausgeht, daß die Kommunisten nicht nur die Sammlung der besten aus der Arbeiterbewegung sind, sondern daß unsere Aufgabe die Entwicklung einer logischen, in sich geschlossenen Weltanschauung ist, um diese unter den Arbeitern zu propagieren und damit dem Proletariat eine scharfe Waffe gegen die Bourgeoisie in die Hand zu geben, dann muß man sehen, daß diese Waffe nur in der klaren Abgrenzung von dem "Übervater" Rußland liegt. Alle marxistischen Organisationen

befinden sich im Prozeß des Zusammenbrechens, weil sie sich aus Loyalität zu den "Linken" ihr Leben lang über den Charakter der Sowjetunion Illusionen gemacht haben. Nichts mehr wird von diesen "Marxisten" übrig bleiben. Aus der Asche werden wir nur mit einem neuem Gewand steigen können, dem des Marxismus in Verbindung mit der Staatskapitalismustheorie.